Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig mit „Volk und Zeit" 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden wöchentlich 0,60 Gulden in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 69 — Montag, den 23. März 1925 — 16. Jahrgang

Geschäftsstelle Danzig, Am Spendhaus Nr. 6
Postscheckkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720
für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Pariser Besprechungen über den Sicherheitspakt.

In der Berufung des französischen Botschafters von London nach Paris wird man ebenso wie in der eingehenden Aussprache, die Herriot am Sonnabend mit dem englischen Botschafter in Paris gehabt hat, zunächst kaum mehr als eine Etappe in den zwischen den alliierten Kabinetten und insbesondere zwischen Paris und London eingeleiteten Verhandlungen über die Lösung des Sicherheitsproblems zu sehen haben. Die englische Regierung hat darauf bestanden, daß die Verhandlungen auf der Grundlage des von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Garantievertrages geführt werden. Die französische Regierung hat sich nach längerem Zögern nunmehr entschlossen, gleichfalls auf den Boden des deutschen Angebotes zu treten. Frankreich hat lediglich zur Bedingung gemacht, daß gewisse Lücken und Unklarheiten in der Ende Februar den alliierten Kabinetten überreichten deutschen Verbalnote durch Rückfrage in Berlin unzweideutig klargestellt werden, und, wie der „Petit Parisien" mitzuteilen in der Lage ist, hat darüber bereits ein direkter Meinungsaustausch zwischen der deutschen und der französischen Regierung stattgefunden, dessen Ergebnis nach der gleichen Quelle sehr befriedigend gewesen sei und zur Beseitigung ernsthafter Mißverständnisse beigetragen haben soll. Weiterhin soll es zwischen London und Paris zu einem grundsätzlichen Einvernehmen darüber gekommen sein, daß die Verhandlungen in Deutschland aufgenommen werden sollen, sobald die Alliierten unter sich zu einer Verständigung gelangt sein werden, gleichviel, ob Deutschland bis dahin bereits seinen Beitritt zum Völkerbund vollzogen haben sollte oder nicht. Lediglich das Inkrafttreten, nicht aber bereits der Abschluß des Garantievertrages soll von der definitiven Mitgliedschaft Deutschlands im Bunde abhängig gemacht werden. Die Frage, welche Staaten in den Vertrag einbezogen werden sollen, befindet sich noch völlig in der Schwebe. Immerhin ist hier ebenso wie in der Frage der deutschen Ostgrenze eine wesentliche Annäherung Frankreichs an den von England vertretenen Standpunkt festzustellen. Der deutlichste Beweis dafür ist eine, wie wir erfahren, aus offiziöser Quelle stammende Auslassung des „Petit Parisien", in der die Auffassung der Regierung wie folgt zusammengefaßt wird: Selbst wenn das osteuropäische Problem ungelöst bleiben und den Abschluß eines ganz Europa umfassenden Vertrages verhindern sollte, auf den die ganze französische Politik abzielt, so werde jedoch für Frankreich die Möglichkeit bestehen, einen auf Deutschland und die Westmächte beschränkten Garantievertrag anzunehmen. Frankreichs Bemühungen würden in diesem Falle darauf gerichtet sein, einen Vertrag dieser Art so auszubauen und eventuell durch einen zweiten zu ersetzen, daß auch die osteuropäischen Staaten volle Genugtuung erhalten würden.

Benesch über das deutsche Garantieangebot.

Die Prager „Narodny Listy" veröffentlicht ein Interview mit Außenminister Benesch, der erklärte, daß das deutsche Garantiepaktangebot von den Grundsätzen des Genfer Protokolls ausgehe. Auch ein Westpakt müßte vor den Völkerbund kommen, denn ohne den Völkerbund kommt man nicht mehr aus. Man möge die angebotenen Regionalpakte sogleich schließen und werde dann sehen, wie die Dinge sich entwickeln. Das deutsche Memorandum sei zwar unbestimmt, aber es sei besser als man behaupte. Das darin enthaltene Schiedsgerichtsangebot an die Tschechoslowakei, Polen und Belgien stelle ein positives Ergebnis dar. Die Polen hätten überflüssige Angst an den Tag gelegt. Die übrigen, besonders die Franzosen, lehnten nicht von vornherein ab. Aus praktischen Gründen sei es nötig, zu verhandeln. In dem zu schließenden Garantiepakt müsse jedoch mehr enthalten sein als in dem belgischen Neutralitätsvertrag von 1914; die bloße Unterschrift Deutschlands genüge nicht, der Pakt müsse materielle Garantien Englands und ausreichende Sicherungen der Rheinlinie enthalten. Die Defensivverträge Frankreichs mit der Tschechoslowakei und mit Polen müßten in Betracht gezogen werden, und die Deutschen müßten in den Völkerbund eintreten. Dann werde die Tschechoslowakei mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnen. Frankreich müßte zu den Ostgrenzen gelangen können. Der Versailler Vertrag dürfe durch nichts erschüttert werden. Wenn der deutsche Vorschlag aufrichtig gemeint sei, wäre es ein Fehler, ihn nicht anzunehmen.

Die Deutschnationalen gegen Stresemann.

Als die Deutsche Volkspartei nach den Dezemberwahlen immer wieder die Bildung einer Rechtsregierung zu erzwingen suchte, begründete sie ihre Obstruktion mit dem Hinweis, daß die Opposition der Deutschnationalen nur zu brechen ist, wenn sie zur Mitverantwortung herangezogen würden. Man wollte mit anderen Worten die Deutschnationalen durch ihre Tätigkeit in der Regierung anständig blamieren. Der Vater dieser Begründung war Herr Stresemann, der bis heute von seinen deutschnationalen Kollegen im Kabinett noch keinen Dank geerntet hat und der im Augenblick aus dem Lager der größten Regierungspartei aufs heftigste angegriffen wird. Er hat in Uebereinstimmung mit den Herren Schiele und Neuhaus an die Entente ein Sicherheitsangebot gemacht, das nach der Auffassung eines Teiles der äußersten Rechten die Ehre des deutschen Volkes verletzt und uns für alle Zeit dem „Erbfeind" ausliefert. Innerlich sind die „nationalen Männer" von diesen Behauptungen zwar nicht überzeugt, aber sie haben doch den Eindruck, daß ihr Umfall in der Außenpolitik so, wie ihn Herr Stresemann für sie vorbereitet hat, selbst auf den dümmsten Menschen wirken muß. Infolgedessen obstruiert man, immer mit dem Hintergedanken, diese Obstruktion aber nicht mit dem Auszug aus der Wilhelmstraße bezahlen zu müssen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend mit den Gegensätzen zwischen ihrer heutigen Politik und den früheren Versprechungen beschäftigt. Am Ende der Debatte soll folgender Beschluß angenommen worden sein:

„Die Fraktion hegt schwerste Bedenken wegen der Politik des Außenministers. Wenn diese Politik fortgeführt wird, behält sie sich vor, gegen Verträge zu stimmen, die im Ergebnis der jetzt geführten Verhandlung abgeschlossen werden könnten. Sie verlangt, daß die weiteren Verhandlungen unter unmittelbarer Leitung des Reichskanzlers und im ständigen Einvernehmen mit ihren Vertrauensmännern im Kabinett geführt werden."

Das ist eine echt deutschnationale Entschließung. Die Gesinnungsfreunde des Herrn Westarp im Kabinett bekommen jetzt Angst vor ihrem eigenen Werk, sie verleugnen sich selbst und beabsichtigen, eine seit Wochen für gut gehaltene Politik plötzlich im Stich zu lassen, weil ihnen die Massen davonlaufen. Die Partei über alles! ist ihr Grundsatz, und weil die Partei Gefahr läuft, die unter Anwendung der schlimmsten demagogischen Mittel gewonnenen Wähler wieder zu verlieren, macht man einen Konflikt. Man blamiert sich und wer blamieren wollte, Herr Stresemann, darf von sich feststellen, daß er mit seiner Taktik ebenfalls wieder einmal hereingefallen ist.

Der abgefallene Ludendorff.

Die Deutschnationalen gegen die Kandidatur ihres „Helden" Ludendorff.

Während die norddeutschen Hakenkreuzler geschlossen für die Rechtskandidatur Jarres' eintreten, haben die Anhänger Hitlers im letzten Augenblick Ludendorff als Hakenkreuz-Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Darüber ist man im deutschnationalen Lager sehr ungehalten. So schreibt der „Tag":

Eine ernste Gefährdung der für Dr. Jarres zur Verfügung stehenden Stimmenzahl ist aber ausgeschlossen, zumal auch die weitesten Kreise der deutschvölkischen Jugendbewegung nicht hinter Ludendorff, sondern hinter Dr. Jarres stehen. Es wird ein Aufruf der nationalen Studentenverbände für Dr. Jarres verbreitet werden, den auch die deutschvölkische Studentenbewegung unterzeichnet hat, obwohl Ludendorff ihr Protektor ist. Von einer Spaltung des Reichsblocks durch die Kandidatur Ludendorff kann gar keine Rede sein. **Die Höchstzahl der Stimmen, die auf Ludendorff absplittern können, wird etwa 100 000 betragen.**

Im Reichstag wurde die Tatsache viel belacht, daß der deutschvölkische Graf Reventlow beim Reichswahlleiter alle Minen springen ließ, um die Anerkennung der Kandidatur Ludendorff zu verhindern. Schon wieder ein Dolchstoß von hinten!

Der Loebell-Ausschuß, der die Wahl Jarres' inszeniert, läßt es auch nicht an dem so beliebten Dolchstoß fehlen. Am Schluß seiner Mitteilung heißt es:

Die Kandidatur Ludendorff wird nach Ansicht des Reichsblocks nirgends ernst genommen.

Im Grunde genommen ist es aber der Rechten bei der Kandidatur Ludendorff nicht ganz wohl. Wie es bei ihr aussieht, offenbart die „Deutsche Tageszeitung". Die bekommt plötzlich für alles Verständnis. Kommunistische Kandidatur: laß doch dem Kind die Boulette. Kandidatur Marx und Hellpach, zwar nicht zu entschuldigen, aber immerhin zu erklären. Kandidatur Held: schlimm genug, aber auch noch zu erklären. Aber, aber:

Wenn aber nun auch noch Herr Adolf Hitler kommt, und als Antimarxist pur sang die antimarxistische Front dadurch schwächt, daß er Ludendorff als Zählkandidaten mißbraucht, so gibt es dafür weder eine Entschuldigung, noch eine Erklärung.

Alles ist für die Deutschnationalen zu ertragen, sogar Herrn Geßler hätten sie ertragen — nur die Kandidatur Ludendorff nicht.

Nun gar noch die „Pommersche Tagespost". Die schreibt in fetter Schlagzeige: „Wer sein Vaterland liebt — wählt Jarres". Sie meinen: wer nicht Jarres wählt, liebt sein Vaterland nicht. Also: „wer Ludendorff wählt, liebt sein Vaterland nicht!" Armer Ludendorff.

Kommunistische Blutschuld.

Ein Butterbrot für eine Seele.

Wir entnehmen der „Magdeburger Volksstimme" folgende Abrechnung mit der K. P. D.

In Halle ruhen zehn bleiche Schläfer auf der Bahre, acht Männer und zwei Frauen. Nicht friedlich ist der starre Gesichtsausdruck, wie bei einem, dem nach seiner Vollendung Gevatter Tod den Arm reichte und in die Ewigkeit entführte, sondern angst- und qualverzerrt. Denn sie wurden in der Blüte ihrer Jahre, aus kraftstrotzendem Leben heraus gewaltsam dahingerafft. Und das Entsetzen furchtbarer letzter Minuten starrt trotz der geschlossenen Augenlider aus ihrem Gesicht.

Solche Toten können reden, wenn auch ihr Mund nach dem letzten Aufschrei fest geschlossen ist, die bleichen Lippen zusammengepreßt sind. Sie klagen an! Sie klagen an die Paragraphenmenschen, die Vernunft zu Unsinn machen und umgekehrt Unsinn zu Vernunft. Nach Paragraph sounsoviel darf man nicht . . .

So sagten Buchstabenmenschen in grober Verkennung ihrer Machtbefugnisse in einer Besprechung zu den Kommunistenführern in Halle.

Und diesen kochte nicht die Galle auf. Kein flammender Protest gegen unberechtigte Anmaßung entquoll erglimmten Kommunistenseelen. Nein, man ergriff seelenruhig die Feder und erklärte sich durch eigenhändige Unterschrift mit dem Unrecht einverstanden, daß die angekündigten Ausländer nicht in der Kommunistenversammlung reden dürften. Und dachte sich im Innern dabei: „Ihr könnt uns den Buckel runter rutschen, die Ausländer reden doch! Kommt es dabei zum Krach mit der Polizei, nun um so besser. Das revolutioniert die Massen, bringt sie gegen die Staatsgewalt auf, gegen die Polizei und gegen die wenigen Sozialdemokraten, die hier und dort noch eine vorgeschobene Position gegen die Reaktion verteidigen."

Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Es ist der Fluch der deutschen Arbeiterklasse, daß sie von einer Sekte begleitet und zermürbt wird, der

kein Handschlag und kein Eid heilig

ist, die sich von ausländischen politischen Kriegsgewinnlern moralisch entmannen ließ und auf deren Geheiß die Verlegenheit zum Mittel im politischen Kampfe erkoren hat.

Unser alter Vorkämpfer Wilhelm Liebknecht sagte einmal: „Man muß auf einen Schelmen anderthalbe setzen." Damit meinte er, daß die kämpfende Arbeiterklasse der brutalen Machtanwendung der Reaktion List und Verschlagenheit entgegensetzen müsse, um die Zahl der Opfer im proletarischen Befreiungskampf möglichst gering zu halten. Auch müsse man sich die Feinde der modernen Arbeiterbewegung an unsrer Gesetzmäßigkeit die Köpfe einrennen lassen.

Wo aber ist diese Liebknechtische List und Verschlagenheit bei den Kommunistenführern? Ach, dort paaren sich nur Hinterlist statt List mit Tücke und Dummheit, zerschlagen und zermürben den festen Block der Arbeiterbewegung und lassen Bruchteile sich am Bollwerk der Reaktion den Schädel einrennen. Das Hohngelächter der Herrenmenschen hoch droben aber wird übertönt vom wütenden Gegeifer der Kommunistenführer darüber, daß Sozialdemokraten solche verderbliche Narrheit nicht mitmachen und davon abraten.

Das gerade Gegenteil von dem, was Wilhelm Liebknechts Weisheit der Arbeiterklasse empfahl, wird von den geistigen Eunuchen Moskaus vollführt. „Eure schwarzrotgoldene Republik ist stockreaktionär!" So brüllt der Chorus, und verzichtet in eigner Unzulänglichkeit freiwillig auf Staatsbürgerrechte dieser Republik. Statt auf die verfassungsmäßig verbrieften Rechte zu pochen und mit Erfolg das Eingreifen der Beschwerdeinstanzen zu fordern, unterschrieb man freiwillig den Verzicht. Mit dem Hintergedanken, die Abmachung nicht zu halten.

So nahm das Verhängnis von Halle seinen Anfang.

Kommunisten unterschrieben das Todesurteil

der zehn bleichen Schläfer auf der Bahre in Halle. Und darum trifft sie die stumme Anklage der Opfer genau so wie die Paragraphenmenschen, die sich in der Neuzeit nicht mehr zurechtfinden oder nicht zurechtfinden wollen, trifft die Kommunisten genau so wie den Vollstrecker dieses Todesurteils, den vor Furcht und Erregung seines kühlen Denkens beraubten deutschnationalen Polizeileutnant.

Aber damit ist die Blutschuld der Kommunistenführer noch nicht erschöpft. In der Erregung, die das sicher äußerst ungeschickte und unberechtigte Eingreifen des Polizeileutnants erzeugt hatte, wurde sich die kommunistische Versammlungsleitung ihrer hohen Verantwortung ihren Gästen gegenüber nicht bewußt. Sie ließ die Dinge laufen, wie sie wollten. Und so kamen die Schüsse und streckten zehn Menschen zu Boden. Sie könnten sich heute noch ihres Lebens erfreuen, wenn einmal die Hallischen Kommunistenführer nicht durch ihre Unterschrift Unrecht für Recht anerkannt hätten, zum andern aber sich in der Gefahr der Staatsmacht gefügt, auch wenn diese entgegen bestehenden Gesetzen eingesetzt wurde.

Der Fluch der bösen Tat ist zehn Menschen teuer zu stehen gekommen; das Buckelrunterrutschen der Kommunistenführer kostete sie das Leben. Die Frage, ob die Polizei zuerst geschossen hat, oder erst, nachdem sie mit Biergläsern beworfen wurde, oder, wie von kommunistischer Seite vielleicht mit Recht bestritten wird, gar von Versammlungsbesuchern beschossen, spielt dabei nicht die größte Rolle. Die Hauptschuld bleibt bei den Urhebern, bleibt bei der kommunistischen Frivolität. Das kommunistische Agitationsbedürfnis ist, wie das jeder überflüssigen Partei, auf die Erschließung immer neuer Nährquellen angewiesen. Und die kommunistischen Richtlinien, die

Zusammenstöße mit der Polizei fordern,

sind ja der Oeffentlichkeit hinlänglich bekannt geworden.

Die Schuldigen stehen nun nicht etwa reumütig und im Büßerhemd, sondern ziehen johlend mit ihren zehn Agitationsleichen durchs Land. Heuchlerisch drehen sie den Spieß um und gebärden sich als Ankläger. „Arbeiter in einer Versammlung erschossen! Erschossen von der Polizei des Sozialdemokraten Severing!" Das peitscht auf! Da kann man bei der Reichspräsidentenwahl den kommunistischen Bankrott noch einmal etwas verschleiern, kann Stimmenfang betreiben.

Eine verworfene Art des politischen Geschäftemachens, und doch geht es noch tiefer, geht hinunter bis zum Stimmenkauf. Der „Stahlhelm" hat den Weg gewiesen, wie hungernden Proleten für ein Linsengericht Leib und Seele abgekauft werden kann. Stimmvieh wird herangefüttert. Flugs treffen sich auch hier gleich und gleich: Kommunisten und Stahlhelm. Die Mittel dazu fließen aus derselben schmutzigen Quelle: Hier von der deutschen Reaktion, und dort von der russischen. Und in beiden Fällen fließen sie nicht zum Segen des Proletariats, sondern zum Nutzen der Reaktion.

Wer bevölkert die Kommunisten-Versammlungen? Verzweifelnde und Hungernde. Sie hören hohle Phrasen und

müstes Gehetze. Das tröstet nicht und macht nicht satt. Also laßt den Rubel rollen! Nicht die politische Einsicht, sondern der russische Rubel soll siegen! Und so konnte man am Schlusse der Thälmann-Versammlung in Magdeburg erleben, daß Butterbrote unter die Versammlungsbesucher ausgeteilt wurden. „Hier, wer hat noch Hunger!“ „Hier, wer hat noch Hunger!“ So erschallte es im Saal. Und über dem Ganzen lag es wie: „So, nun würgt es hinter, damit ihr das Gift der Verhetzung in euern Gedärmen behaltet. Leichen für das Gemüt und Butterstullen für den Magen, das verspricht Wahlerfolg!“

Auch dieser ekelerregende Seelenkauf durch Butterbrote wird den Thälmann und Kumpanei nicht den erwünschten Erfolg bringen. Wir werden dafür sorgen, daß diese Schädlinge der Arbeiterbewegung und des Volksganzen in ihrer ganzen Erbärmlichkeit erkannt werden. Esau veräußerte für ein Linsengericht nur ein Privilegium, das Recht der Erstgeburt. Die Kommunisten verlangen mehr. Sie wollen für ein Butterbrot die Gesinnung eines freien republikanischen Staatsbürgers eintauschen und umfälschen. Das nennt dieses Gelichter Kommunismus!

Die Kommunisten mögen sich die Hand reichen mit den Stahlhelmern und mit reaktionären Kapitalisten, die für Freibier und Almosen gleiche Ziele zu erreichen suchen; denkende Arbeiter rücken ab von solcher politischen Korruption und organisierten Unmoral. —

Die Vergewaltigung eines ganzen Volkes.

Aus Südslawien schreibt uns ein Mitarbeiter:

Was schon seit Wochen mit Bestimmtheit erwartet wurde, hat der großserbische Diktator Nikola Paschitsch von der Belgrader Skupschtina beschließen lassen: mit elf Stimmen der Regierungsmehrheit hat der Wahlprüfungsausschuß der jugoslawischen Kammer die Mandate der kroatischen republikanischen Bauernpartei annulliert. Die ganze kroatische Nation wird in der südslawischen Volksvertretung nur durch sechs Abgeordnete vertreten sein. Die Kroaten haben einen jahrzehntelangen Kampf geführt um sich der Vergewaltigung seitens der Tisza und Apponyi zu erwehren und nun setzt ihnen statt der Ungarn der Südslawe Paschitsch den Stiefel in den Nacken.

Die sechs Kroaten, die künftighin ihr Volk in der Belgrader Skupschtina vertreten werden, verdanken ihre Mandate nicht etwa ihrer belgradfreundlichen, serbisch-patriotischen Gesinnung, sondern ausschließlich der Scheu der Belgrader Machthaber vor der Kulturwelt. Kann man dem europäischen Westen den Stefan Raditsch und seine Genossen auf Grund gelegentlicher Entgleisungen als Bolschewiken vorstellen? — Die Mitglieder der kroatischen Vereinigung mit dem gewesenen Außenminister Dr. Trumbitsch und dem gewesenen Rektor der Agramer Universität, Dr. Pelitsch an der Spitze, kann man in Paris und London nicht gut als Werkzeuge der Moskauer Politik ansagen.

Bis heute ist die Agramer Staatsanwaltschaft noch nicht mit dem Anklagematerial gegen Stefan Raditsch herausgerückt. Die anderen Führer der kroatischen Bauernpartei, welche die kroatischen Gerichte vom Hochverrat freigesprochen haben und auf freien Fuß gesetzt haben, sowie Rechtsanwälte und Professoren, hält die Agramer Staatspolizei seit Wochen gegen jede gesetzliche Bestimmung als politische Internierte in Haft.

Es kann Europa nicht gleichgültig sein, wenn auf dem Balkan, der noch immer ein Herd wilder Gegensätze und flammenden Hasses ist, an Stelle demokratischer Friedensmethoden die Herrschaft einiger Generäle eingesetzt, wenn das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker durch einen engherzigen Zentralismus mit Füßen getreten wird.

Daß es den Belgrader Machthabern nicht um die Bekämpfung der angeblichen Beziehungen der Raditschpartei zur dritten Internationale zu tun war, sondern lediglich um die Ausschaltung der kroatischen Volksvertretung, geht schon daraus hervor, daß in den verwaisten Wahlbezirken Neuwahlen nicht stattfinden werden. Die jugoslawische Volksvertretung wird nun einfach statt 315 Abgeordnete nur deren 254 zählen. Damit erhält die radikale Partei des Herrn Paschitsch von selbst die absolute Mehrheit in der Kammer. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die ganze Opposition, das heißt aber alle Slowenen, der Rest der Kroaten, die serbischen Demokraten und die bosnischen Mohammedaner, den Verhandlungen des Parlaments fernbleiben will. Nun kann der Paschitsch Gesetze nach Herzenslust beschließen lassen. Und mit der Vergewaltigung der Volksrechte ist noch kein Machthaber weit gekommen. So wird auch Herrn Paschitsch und seinen Freunden das neue Wahlrecht, das sie noch mehr, als das alte, zugunsten der serbischen Nation verschieben wollen, nicht die erhoffte Rettung bringen.

Z. K.

Ungarische Henkersjustiz.

Für einen Verrückten — dreizehn Jahre Zuchthaus.

Vor dem Budapester Strafgerichtshof wurde die Verhandlung gegen den Maschinisten Stephan Kertesz wegen Verbrechens gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung durchgeführt. Kertesz wird zur Last gelegt, daß er im Sinne eines von einer kommunistischen Versammlung in Leoben im August vorigen Jahres gefaßten Beschlusses nach Ungarn gekommen sei, um den Reichsverweser Horthy zu ermorden. Er war auf Grund einer Anzeige des Budapester Leiters der Heilsarmee verhaftet worden, nachdem er in einer öffentlichen Versammlung der Heilsarmee alle seine Sünden gebeichtet hatte. Der Angeklagte bekannte sich schuldig und wurde zu dreizehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

*

Dieses ungeheuerliche Urteil nimmt sogar unter den Schandtaten der Horthy-Gerichte einen besonderen Platz ein. Ein Kommunist, der in einer öffentlichen Versammlung der Heilsarmee seine Beichte ablegt — wenn dies nicht die Mache von Polizeispitzeln ist, so kann es sich nur um einen vom religiösen Wahnsinn ergriffenen Menschen handeln, dessen strafbare Handlung eben in seiner Beichte bestand. Denn nichts unternahm dieser Stephan Kertesz zur Ermordung Horthys, außer daß er seine Absicht in der Form einer öffentlichen Beichte kundgab. Einen solchen Menschen schicken die Horthy-Richter nicht in ein Irrenhaus, sondern auf dreizehn Jahre ins Zuchthaus.

Eberts Büste im Reichstag.

Der Ausschuß für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschäftigte sich mit der Anregung, das Andenken des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert durch Anbringung einer Büste oder eines Porträts im Reichstagsgebäude zu ehren. Die Entscheidung fiel zugunsten der Aufstellung einer Büste. Es ist ein Bildhauer für die Ausführung des Auftrages in Aussicht genommen, der schon zu Lebzeiten des Reichspräsidenten eine Bronzebüste von ihm ausgeführt hat. Ein endgültiger Beschluß wurde nicht gefaßt, da die deutschnationale Fraktion sich noch nicht entschließen konnte. Die Kommunisten haben sich gegen den Plan ausgesprochen. Alle übrigen Parteien sind für die Aufstellung einer Büste.

Immer noch Spionageprozesse. Der 1. Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verurteilte den Hilfsleitungsaufseher Schrube aus Roßberg bei Beuthen wegen Verrats militärischer Geheimnisse an Polen zu sechs Jahren Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust.

Faszismus in Prag. Die Prager Polizeikorrespondenz meldet: Sonntag vormittag kamen in die Restauration des Deutschen Kasinos (Deutschen Hauses) 30 Fascisten in schwarzen Hemden. Unter den Gästen befanden sich auch einige deutsche Studenten im Couleur. Ein Fascist forderte die Studenten auf, Bänder und Kappen abzulegen. Als dieser Aufforderung nicht entsprochen wurde, riß eine größere Anzahl der Fascisten den deutschen Studenten die Kappen herunter, wobei ein Student leicht an der Stirn verletzt wurde. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Krach im Belgrader Parlament. In der südslawischen Skupschtina kam es zu lauten Tumultszenen, während deren ein kroatischer, oppositioneller Abgeordneter geohrfeigt wurde. Er hatte der Regierung Wahlterror vorgeworfen. Der Ministerpräsident verließ infolge des Tumults den Sitzungssaal.

Verschärfung im dänischen Arbeitskonflikt. Die dänischen Unternehmer haben eine Aufforderung der Arbeiterregierung, die Aussperrung aufzuheben und die Verhandlungen mit den Gewerkschaften wieder aufzunehmen, abgelehnt. Sie haben weiter durch ein Schreiben an die Gewerkschaften angekündigt, daß die jetzt 50 000 Arbeiter umfassende Aussperrung in den nächsten Tagen auf 100 000 Arbeiter ausgedehnt wird.

Streik der deutschen Diamantschleifer. Gleichzeitig mit dem am Montag ausgebrochenen Streik der Hanauer Diamantschleifer sind auch die Diamantschleifer in Erbach im Odenwald in den Ausstand getreten. Es streiken rund 800 Diamantschleifer.

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Eröffnung der Kieler Messe. Am gestrigen Sonntag hat als 7. Nordische Messe die Kieler Frühjahrsmesse 1925 ihren Anfang genommen. Die insgesamt 26 Gruppen umfassende Ausstellung ist in acht großen Hallen bzw. Messehäusern untergebracht und bietet in ihrer Gesamtheit ein erfreuliches Bild der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und unseres Gewerbes, insbesondere auch des deutschen Kunstgewerbes. Verbunden mit der Allgemeinen Nordischen Messe ist der überaus reich beschickte Kieler Landmaschinenmarkt.

Köln im Zeichen der Messe. Die Kölner Messe ist gestern ohne besondere Feierlichkeit eröffnet worden. Der Besuch war schon in den Morgenstunden gut und steigerte sich bis zu einer Lebhaftigkeit, die den Besuch der Herbstmesse bei weitem übertraf. Die Messe ist in allen Gruppen gut beschickt. Lebhaftes Interesse findet die wesentlich erweiterte technische Messe und die bedeutende Sondergruppe „Neuzeitliche Wärmewirtschaft“. Zusammenfassend kann der Verlauf des ersten Tages als günstiges Anzeichen für die weitere Entwicklung des Geschäfts bezeichnet werden. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Besuchern auch eine Anzahl von Kaufleuten und Ingenieuren aus der Schweiz, Frankreich und Holland befinden.

Deutschland Englands viertgrößter Kunde. Nach der nunmehr endgültig vorliegenden englischen Außenhandelsstatistik ist Deutschland laut Londoner Bericht des Fachblattes „Industrie-Kurier“ mit 42 645 000 Pfd. Sterl. im Jahre 1924 genau wie 1923 der viertgrößte Kunde Englands. Nur Indien, Australien und Nordamerika sind ihm voraus. Als Importeur steht Deutschland an achter Stelle mit 36 897 000 Pfd. Sterl. gegenüber 34 994 000 Pfd. Sterl. im Jahre 1923, wo es an siebenter Stelle stand.

Ein schwarzer Monat für die Schiffahrt. Der Monat Dezember mit seinen zahlreichen und außerordentlich schweren Stürmen hat eine ungeheure Zahl an Opfern von der internationalen Schiffahrt gefordert. Man ist erst jetzt damit fertig geworden, alle Verlustmeldungen zu sammeln, auf Richtigkeit zu prüfen und zu registrieren, um einen umfassenden Bericht darüber veröffentlichen zu können. Es sind nach diesem Bericht als verloren zu betrachten: 133 Schiffe als Totalverluste, hierunter befinden sich 85 Dampfer. Den Nationalitäten nach geordnet, verloren u. a.: Deutschland 6; Amerika 23; England 20; Italien 5; Frankreich 11; Norwegen 6; Portugal, Schweden, Japan und Chile je 2; Dänemark, Aegypten, Spanien, Holland und die Türkei je 1 Schiff. Ferner gingen 12 Motorschiffe verloren, darunter 1 deutsches, 3 amerikanische, 2 englische, 1 spanisches, 3 französische, 1 italienisches und 1 schwedisches Fahrzeug. Den Rest bilden 36 Segelfahrzeuge, die total verloren gingen. Hierunter 2 deutsche, 6 amerikanische, 12 englische, 1 chilenisches, 4 französische, 1 ägyptisches, 1 finnländisches, 1 spanisches, 1 lettländisches, 1 griechisches, 1 schwedisches und 3 italienische Segler. Die Ursachen der Totalverluste waren u. a. folgende: Untergang 17; Kollision 3; Feuer 6; gekentert 14; verlassen 4; kondemniert 1; verschollen 2; zerstört 38. Bei den Motorschiffen waren die Ursachen des Totalverlustes: Gesunken 10; Kollision 2; Feuer 3; gekentert 8; verlassen 5. An Schiffsunfällen, die nicht zu einem Totalverlust führten, waren im Monat Dezember nicht weniger als 903 zu verzeichnen.

Stinnes als Kohlenimporteur in England. Im Laufe der Unterhausdebatte am Dienstag erklärte ein Mitglied, daß Gerüchte im Umlauf seien, wonach sich in Glasgow ein Syndikat zum Zwecke der Einfuhr deutscher Kohle gebildet habe, die billiger sei als die in englischen Gebieten produzierte. Das Syndikat werde in kurzem seine Tätigkeit aufnehmen. Auf eine Anfrage nach dem Namen wurde Hugo Stinnes genannt. Auch ein sozialistisches Mitglied wies auf die Tatsache hin, daß Hugo Stinnes im Begriffe sei, sich in Glasgow zum Zwecke der Einfuhr deutscher Kohle niederzulassen.

Platinfunde in Reval. Estnische Blätter bringen die Aufsehen erregende Nachricht, daß ein Handwerker in der Nähe von Reval platinhaltiges Erz entdeckt habe. Nachforschungen sind im Gange.

Graphitfund in Grönland. Ein amerikanischer Ingenieur Sweet hat nach seiner Rückkehr aus Grönland, wo er ein Jahr lang für die Grönland-Graphit-Gesellschaft arbeitete, mitgeteilt, daß dort die größten Graphitlager der Erde seien, die für mindestens 100 Jahre den Abbau im großen lohnten. Ueberhaupt sei Grönland außerordentlich reich an Mineralschätzen und sollte fremdem Kapital und fremder Initiative erschlossen werden.

Der Hausierer

Von Felix Fechenbach.

Er war früher Bankbeamter.

Während der Inflation sind die Banken wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden geschossen. Und als die Stabilisierung der Mark kam, bauten die Geldinstitute ihren Angestelltenapparat rücksichtslos ab. So flog er mit vielen andern auf die Straße.

Jeden Tag schrieb er Bewerbungen an Banken und kaufmännische Unternehmungen. Niemand konnte ihn brauchen. Dann versuchte er es, als Hilfsarbeiter oder Ausgeher Arbeit zu finden. Alles vergeblich. Die Arbeitslosigkeit war in allen Berufen zur Epidemie geworden.

Die Arbeitslosenunterstützung reichte hinten und vorne nicht für die Familie. In wenigen Wochen war er gänzlich abgebrannt.

Da entschließt er sich zum Hausierhandel. Von einem Teil der letzten Arbeitslosenunterstützung kauft er sich Schnürbänder und Sicherheitsnadeln. Die will er verkaufen.

Lange hat er sich dagegen gesträubt. Aber jetzt bleibt nichts anderes.

Nun geht er von Haus zu Haus, steigt von Treppe zu Treppe und sagt sein Sprüchlein auf:

„Ein stellenloser Bankbeamter erlaubt sich einige Kleinigkeiten anzubieten. Schnürbänder, Sicherheitsnadeln . . .“

„Danke, wir brauchen nichts!“

Die Tür wird ihm vor der Nase zugeschlagen.

So geht es meist. Zuweilen heißt es auch:

„Jeden Tag kommen ein paar Leute und bieten das gleiche an.“

Dann und wann verkauft er etwas, aber immer nur, wenn er erst lange flehentlich gebeten hat und vorher seine [illegible] zum [illegible] behaucht.

Manchmal sagt jemand:

„Ich brauche nichts. Hier nehmen Sie“, und eine Frauenhand reicht ihm einen Groschen. Schamröte steigt ihm ins Gesicht.

„Nein, Geld nehme ich nicht.“

Und er geht weiter zur nächsten Tür, um wieder abgewiesen zu werden, oder nach langem Zureden ein Paar Schnürbänder zu verkaufen.

Wenn er den ganzen Tag herumgelaufen ist und am Abend müde und niedergeschlagen nach Hause kommt, hat er einige Groschen verdient.

So treibt er's nun schon wochenlang und bringt sich kümmerlich durch. Die Schuhe sind schief getreten, die Hosen ein wenig ausgefranst und der Rock sieht abgeschabt aus. Immer öfter wird ihm jetzt Geld angeboten und er weist es nicht mehr zurück.

Immer müder wird sein Schritt, immer demütiger seine Bitte.

Als er wieder einmal an einer Tür klingelt — schon auf die Abweisung gefaßt — da öffnet ein kleines achtjähriges Mädchen.

„Die Mutter ist nicht zu Hause“, sagt es scheu.

Dann schaut es den Mann an mit seinem abgeschabten Anzug, dem bleichen Gesicht, den hohlen Augen, und plötzlich leuchtet's in den Kinderaugen:

„Warten Sie, ich weiß was.“

Das Kind hat die Tür offen gelassen und ist in die Wohnung gerannt. Wie es wiederkommt, hat es in der Hand seine Sparbüchse.

„Da“, sagt das Mädelchen nur, drückt ihm die Sparbüchse in die Hand, nimmt die Schuhbänder und dann hat es die Tür wieder zugemacht.

Und draußen steht der Hausierer noch lange, dreht die Sparbüchse in der Hand hin und her und ist so voll Freude, wie er's lange nicht war.

Es ist nicht das Geld, das ihn so froh stimmt. Nur über das Kind freut er sich, daß es so ganz anders wie die klugen Erwachsenen handelt.

Und an diesem Tage kann er nicht weiter in den Treppenhäusern herumsteigen. Die Freude hat ihn übermannt . . .

Ein Teufelsopfer. Wie bekannt ist, hat Amerika die sonderbarsten religiösen Sekten. Die folgende Nachricht übertrifft [illegible] wegen ihrer Grausamkeit. Fräulein Anna Reynolds hat in der Nähe von Toronto eine Sekte gegründet, deren Hohe Priesterin sie ist und der sie den Namen „Der Glaube des Heiligen [illegible]“ gegeben hat. Diese Sekte hat merkwürdige Kultgebräuche. In der Stille der winterlichen Mitternacht, wenn die gefrorenen Zweige der Bäume vor Frost krachen und knacken, und der Schnee unter dem Tritt aufkreischt, versammelt die Hohe Priesterin ihre Anhänger um sich, und vollzieht am Rande des winterlichen Waldes das Opfer. Aber das Opfer selbst ist noch merkwürdiger. Durch die Reihen der [illegible] Gläubigen werden zehn fette Schweine getrieben, auf die vorher errichteten Scheiterhaufen gezerrt und an die starken Pfähle gebunden, auf daß sie, wenn die Flammen des mit Petroleum getränkten Scheiterhaufens sie erreichen, nicht entfliehen können. Das Schmerzensgeheul der Schweine und der Feuerschein am Himmel lockten jedoch die Bewohner der nächsten Dörfer herbei. Die erreichten die Opferstätte gerade noch rechtzeitig genug, um dem Schluß der Zeremonie beizuwohnen. Von weitem schon hatten sie den starken Duft von Schweinebraten eingesogen. Sie erstatteten bei den Behörden Anzeige. Nachdem die Hohe Priesterin in Haft genommen war, tat sie auf Befragen kund, daß die Schweine „den teuflischen Geistern“ geopfert worden seien. Mehr aber wollte sie nicht bekennen.

„So hast du ausgesehen!“ Ein Mann, der betrunken ist, ist nicht schön. Von den Frauen natürlich ganz zu schweigen. Die Photographie eines Betrunkenen gehört nicht zu den Dingen, die erhebend wirken. Diese Erkenntnis hat sich die Newyorker Polizei in ihrem Kampfe gegen den Alkohol zunutze gemacht. Jeder Betrunkene, der am Abend oder in den Nachtstunden eingeliefert wird, wird photographiert. Und am nächsten Morgen bei der Entlassung händigt man ihm außer der Quittung über die fünf Dollar Strafe, die er wegen seines alkoholischen Exzesses zu zahlen hat, eine Photographie ein. Zunächst will der Betreffende nicht glauben, daß es sich um sein Konterfei handelt. Erst bei näherem Zusehen überzeugt er sich. So hat er also ausgesehen! . . . Das Bild wirkt in der Regel völlig ernüchternd. Es heißt, daß man glänzende Resultate mit dieser Praxis erzielt hat. Besonders, wenn man droht, man würde das nächste Mal das Bild — direkt der Frau zusenden.

Clemenceau als Philosoph. Wie aus Paris gemeldet wird, hat Clemenceau soeben ein groß angelegtes Werk zu Ende geführt, an dem er seit drei Jahren arbeitet, das aber erst 10 Jahre nach seinem Tode zur Veröffentlichung gelangen soll. Es handelt sich um eine rein philosophische Arbeit. Clemenceau hat sofort, nachdem er aus dem politischen Leben geschieden war, seine Arbeit begonnen. Das jetzt fertiggestellte Werk wird sich in drei starke Bände gliedern, von denen jeder 500 Seiten enthält.

Gesichert. Der Zimmermann Krause hat eine ängstliche Frau. Jeden Morgen bittet ihn die Gattin, doch ja vorsichtig zu sein, wenn er in luftiger Höhe seine Arbeit verrichtet. Dieser Tage nahm die Frau wiederum mit den üblichen Ermahnungen von ihm Abschied. Aber Krause erwiderte: „Um mich brauchst du dich nicht mehr zu ängstigen.“ — „Um Gottes willen, was ist denn los?“ — „Ich habe mir gestern von dem Polier 10 Mark gepumpt. Seitdem läßt er mich nur noch parterre arbeiten.“

Sparsamkeit. „Wie oft habe ich Ihnen gesagt, Fräulein, Sie sollen mit dem Geschäftsmaterial sparsam umgehen? Jetzt haben Sie wieder einen Brief von drei Zeilen auf einen ganzen Briefbogen geschrieben. Nehmen Sie ihn sofort zurück und schreiben Sie ihn nochmals auf einen halben Bogen.“

Vor der Entscheidung.

Noch ein Wort zum Wohnungsbaugesetz. — Ein Mahnruf der Baugenossenschaften.

In der öffentlichen Diskussion über das Wohnungsbaugesetz ist das Für und Wider absatzweise erörtert worden. Daher kann neues zu der grundsätzlichen Frage, wie die Mittel zum Wohnungsneubau aufzubringen sind, nicht mehr gesagt werden.

Dagegen scheint es, daß einem Ausschnitt aus dem großen Fragenkomplex nicht die Beachtung geschenkt worden ist, die er verdient.

Lassen wir einmal die trockene Wissenschaft der Zahlen sprechen:

Beim Wohnungsamt der Stadtgemeinde Danzig waren vorgemerkt:

Bis 1. April	1920	1 740	Wohnungssuchende
„ 1. „	1921	6 481	„
„ 1. „	1922	8 820	„
„ 1. „	1923	11 679	„
„ 1. „	1924	14 288	„

Von diesen 14 288 Wohnungssuchenden waren rund 50 v. H. wohnungslos, d. h. sie haben auf Grund eines Untermiets- oder ähnlichen Verhältnisses Unterkunft gefunden.

Es fehlen hiernach mindestens 7 000 Wohnungen.

Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Zahl noch eine erhebliche Korrektur nach oben erfahren muß, weil nach den Beobachtungen der Baugenossenschaften zahlreiche Familien auf die Vormerkung beim Wohnungsamt verzichten, weil keinerlei Aussicht auf Zuweisung einer Wohnung besteht und lieber sich bei einer Genossenschaft in der Hoffnung vormerken lassen, auf diesem Wege eher zu einer Wohnung zu gelangen. Nach einwandfreier sachverständiger Schätzung können im Jahr hinreichend Geldmittel vorausgesetzt, höchstens 700 Wohnungen gebaut werden so daß das dringendste Bedürfnis nach Wohnungen in etwa 10 bis 12 Jahren befriedigt werden könnte. Hierbei ist aber noch unberücksichtigt geblieben, daß die Zahl der Eheschließungen noch erheblich wachsen wird, wenn — und hiermit muß doch wenigstens gerechnet werden — die wirtschaftlichen Verhältnisse im Freistaat Danzig sich bessern werden.

Beweisen schon diese Zahlen, daß ein großzügiger Wohnungsneubau unaufschiebbar ist, so werden diese Zahlen aber erst in das richtige Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß seit 1919 allein in der Stadtgemeinde Danzig

jährlich rund 2 200 Eheschließungen

erfolgen. Fast sämtliche Ehepaare sind unter dem Druck des Wohnungsmangels gezwungen, in sog. möblierten Zimmern Unterkunft zu suchen. Wer auch nur etwas mit diesen Dingen vertraut ist weiß, wieviel junges Eheglück unter diesen Umständen zerstört wird und wieviel Hader, Streit und noch schlimmeres aus einem derartigen Zustand fast täglich herauswächst. Man gehe einmal hinaus in die Bezirke der Kleinwohnungen und man wird hier zahllose Fälle einer Ueberbevölkerung der Kleinwohnungen feststellen müssen, die uns an die dunkelsten Kapitel aus der Geschichte des Anfanges der Industrialisierung in England und Deutschland erinnert. Die Zusammenferchung von 12 und mehr Personen verschiedenen Geschlechtes und jeglichen Alters in einer Wohnung ist keine Seltenheit.

Welche weiteren Folgen aus einem Scheitern des Wohnungsbaugesetzes folgen, zeigen folgende Ziffern:

Vom Staat und den Gemeinden sind im Bereich des Freistaates Danzig an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden:

Im Oktober 1924	rund	72 000	Gulden
„ November 1924	„	100 000	„
„ Dezember 1924	„	170 000	„
„ Januar 1925	„	320 000	„
„ Februar 1925	„	385 000	„
„ März 1925 sind voraussichtlich zu zahlen	„	480 000	„

Das bedeutet, daß in 6 Monaten weit mehr als 1,5 Millionen Gulden aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden ohne daß hierfür eine volkswirtschaftlich nützliche Arbeit geleistet wird. Nun werden zum 1. April, spätestens 1. Mai 1925 die im Baujahr 1924 begonnenen Siedlungsbauten — rund 130 Wohnungen — fertiggestellt bzw. bezogen sein. Kommt kein Wohnungsbaugesetz zustande, dann stehen nach eingeholter amtlicher Information Geldmittel zum Wohnungsbau für das Jahr 1925 nicht zur Verfügung; Wohnungen können also nicht hergestellt werden. Durch diesen Ausfall jeder Neubautätigkeit wird

Das Heer der Erwerbslosen

weiter wachsen und die Ziffer der Erwerbslosenunterstützungen ins Riesenhafte anschwellen. Diese Tatsache kann aber nicht nur unter dem sicher bedeutsamen finanziellen Gesichtspunkt gewertet werden, sondern sie ist auch von außergewöhnlichem sittlichem und staatspolitischem Belang. Jede Erwerbslosenunterstützung, auf lange Zeit gewährt, hat die gefährliche Folge der Entwöhnung der Unterstützten von geregelter und regelmäßiger Arbeit. Werden aber die Erwerbslosenunterstützungen in einem solchen Maße und in einer solchen Ausdehnung gegeben wie die oben angegebenen Ziffern darstellen, dann muß das nicht nur zu einer Ertötung des Gefühls der Selbstverantwortung der eigenen Initiative, des Bewußtseins von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Selbsthilfe führen, sondern am letzten Ende auch zur Zerstörung jeden Heimats- und Gemeinschaftsgefühls.

In welches Mißverhältnis weiter Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt immer weiter hineinwachsen, wenn der Volkstag in den nächsten Tagen versagt, mögen folgende Zahlen beleuchten:

In den Jahren 1910—1912 — von da ab hörte allmählich jede Bautätigkeit im Wohnungswesen auf — wurden jährlich durchschnittlich 850 Wohnungen erbaut. Im Jahre 1924 sind infolge Nichtzustandekommens eines Wohnungsbaugesetzes nur rund 130 Wohnungen erbaut worden, deren Fertigstellung im Jahre 1925 erfolgt. Wie bereits oben gesagt,

wird im Jahre 1925 nicht gebaut werden,

falls ein Wohnungsbaugesetz nicht zustande kommt; dem Heer der Wohnungslosen können also Wohnungen nicht zur Verfügung gestellt werden. Und nun bedenke man, wie die Wohnungslosen neben der vielen Schädigung auch materiell hart betroffen werden, die für sog. möblierten Zimmer eine Untermiete bezahlen müssen, die in zahlreichen Fällen dem Betrag nach vollauf ausreichen würden, um den tatsächlichen vollen Mietsatz für eine neuerbaute Wohnung zu decken, ja sogar häufig geht der verlangte und bezahlte Untermietszins weit über den Mietsatz für eine Neuwohnung hinaus.

Jeder, der schon aus diesen kurzen Ausführungen die überragende volkswirtschaftliche, kulturelle, sittliche und staatspolitische Bedeutung der Wohnungsfrage erkennt wird mit uns der Ueberzeugung sein müssen, daß die Schaffung eines Wohnungsbaugesetzes die zurzeit wichtigste Aufgabe [illegible] ist, eine Aufgabe, die fern von jeder parteipolitischen Erwägung und kleinlichen Interessenrücksichten gelöst werden muß.

Wir richten deshalb an den Volkstag die Bitte: Enttäusche das Heer der Wohnungslosen nicht, mache schnelle Arbeit!

Doppelt gibt wer schnell gibt!

*

Ein Kompromiß über den Wohnungsbau.

Als nach der Zerschlagung des Wohnungsbaugesetzes in der 2. Lesung der Volkstag auseinander ging, war man sich darüber klar, daß ein Kompromiß zustande kommt. Denn die Verantwortung dafür, daß wieder ein Jahr ohne Wohnungsneubau vergeht, kann keine Partei übernehmen. Der Gedanke lag nahe, daß nun die Mittelparteien versuchen würden, mit den Deutschnationalen ein Wohnungsbaugesetz zustande zu bringen. Das ist anscheinend geschehen, denn das Zentrum und die Deutschnationale Fraktion unterbreitet dem Volkstag neue Vorschläge für ein Wohnungsbaugesetz. Sicherlich im Einverständnis mit den Deutschnationalen. Die neuen Vorschläge sind im großen und ganzen dem geschlagenen Gesetzentwurf entnommen. Doch sind erhebliche Abweichungen vorhanden.

So soll die gesetzliche Miete ab 1. April 1925 80 Prozent der Friedensmiete betragen. Ein weitere Erhöhung ist nicht vorgesehen, während der alte Gesetzentwurf ein ab 1. Oktober 1925 eine 100prozentige Miete forderte. In den neuen Anträgen wird weiter bestimmt: Bei Läden, Geschäftsräumen, Bureauräumen und Werkstätten, die mit Wohnungen im räumlichen Zusammenhang stehen und den mit ihnen im Zusammenhang stehenden Wohnungen selbst erhöht sich die gesetzliche Miete um 25 v. H. der Friedensmiete.

Der gesetzlichen Miete sollen auch den neuen Vorschlägen nicht unterliegen: Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Gebäudeteile, die nach dem 1. Januar 117 (im alten Gesetzentwurf: 1. Januar 1918) bezugsfertig geworden sind, es sei denn, daß diese Bauten mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln hergestellt sind. Die aus eigenen Mitteln in der Inflationszeit hergestellten Villen sollen von der Abgabe befreit bleiben, ferner auch diejenigen gewerblichen Räume, die nicht mit einer Wohnung verbunden sind. Die Wohnungsbauabgabe soll 20 Prozent betragen und bis 1. April 1928 erhoben werden. Nach Inkrafttreten des Aufwertungsgesetzes soll die gesetzliche Miete neugeregelt werden.

Gegenüber dem bisherigen Gesetzentwurf bedeuten die neuen Vorschläge eine Verschlechterung, da der größte Teil der gewerblichen Räume von der Abgabe befreit bleibt. Wenn nunmehr die Mieter den Hauptteil der Wohnungsbaukosten zu tragen haben, können sie sich bei den Deutschnationalen und den Kommunisten bedanken.

*

Heimstättenausschuß und Wohnungsbaugesetz.

Der Heimstättenausschuß, der bekanntlich als Interessenvertretung aller Beamten-, Angestelltenverbände und Gewerkschaften des Freistaates in der Förderung der Wohnkultur besonders der minderbemittelten Volksschichten seine vornehmste Aufgabe sieht, verfolgt mit schwerer Sorge die Arbeit, die zurzeit im Volkstage zur Verabschiedung eines Wohnungsbaugesetzes geleistet wird.

Er hat in seiner dringend anberaumten Sitzung zu dieser augenblicklich dringendsten Frage Stellung genommen und folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Daß zur Behebung der großen Wohnungsnot im Gebiete der Stadt Danzig endlich etwas Nennenswertes geschehen muß, wird von niemandem mehr bestritten. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen erst mit der Frage, wie die dazu erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollen. Nachdem alle Länder des Reiches dazu übergegangen sind, hierfür den Unterschied zwischen den bisher zugelassenen Mieten und den Friedensmieten (besser gesagt natürlichen Mieten) zu erfassen, wird man sich auch in der Freien Stadt Danzig dazu entschließen müssen, diesen einzig möglichen Weg alsbald zu beschreiten.

Diese Erkenntnis hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Diejenigen Parteien, die in erster Linie die Interessen der kleinen Mieter zu vertreten glauben, sind klar entschlossen, sich für diese ihren Wählern gegenüber sehr schwer zu vertretende Mietsteuer einzusetzen. Als Entgelt hierfür verlangen sie von der anderen Seite das Entgegenkommen, die Mietabgabe auf weiteste Grundlage zu stellen und darum auch die gewerblichen Räume in sie einzubeziehen. Dies erscheint als durchaus berechtigt, würde doch dadurch endlich das große Unrecht gutgemacht daß man seinerzeit die Läden aus der Zwangswirtschaft herausnahm und dadurch das Wirtschaftsleben in ganz überflüssiger und einseitigster Weise aufs schwerste belastete.

Am Widerstande gegen die Einbeziehung der gewerblichen Räume in die Mietabgabe ist das zurzeit zur Beratung stehende Wohnungsbaugesetz bisher gescheitert. Wir fühlen uns verpflichtet, in letzter Stunde nochmals unsere warnende Stimme zu erheben und an das Gewissen unserer Volksvertreter zu appellieren. Nur wenn es gelingt, das Wohnungsbaugesetz auf der vorgeschlagenen breiten Grundlage zur Annahme zu bringen, wird es als eine gerechte gleichmäßige Belastung aller Beteiligten empfunden werden, und wird es zugleich möglich sein, entsprechende Beträge aus ihm herauszuwirtschaften, um in absehbarer Zeit etwas Nennenswertes zur Hebung unserer Wohnungsnot leisten zu können. Und liefe es sich weiter erreichen, das Gesetz in diesem Sinne unter möglichster Einmütigkeit der verschiedenen Parteischattierungen durchzubringen, so würde dies einen Riesenschritt zur Entgiftung unserer politischen Atmosphäre bedeuten!

*

Neue Drohungen der Hausbesitzer.

Im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus tagte gestern eine Versammlung des Danziger Hausbesitzervereins, die sich mit dem „wirtschaftsfeindlichen" Wohnungsbaugesetz beschäftigte. Das Hauptreferat hielt der Volkstagsabgeordnete Dr. Blunck, der die Befürchtung aussprach, daß mit der Annahme des Gesetzes immerhin gerechnet werden müsse. Minutenlang brüllten die Hausagrarier Beifall, als sich der Redner erfrechte, den Vorschlag zu machen, daß im Falle einer Annahme des Gesetzes die Hausbesitzer die Ausführung des Gesetzes ablehnen und die Baugabe nicht von den Mietern einziehen sollen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die Protest gegen das Verhalten der Deutschnationalen erhebt, da sie beabsichtigen sollen, in der dritten Lesung dem Gesetz zuzustimmen.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Aufwertungsgesetzes berichtete Rechtsanwalt Dr. Heymann. Er polemisierte gegen die Forderungen der Hypothekengläubiger. Eine Anzahl Beschwerden über das Schornsteinfegerwesen brachte dann noch der Abg. Bahl zur Sprache. Allen Referenten wurde von der Versammlung ohne Aussprache zugestimmt. Das zeigt, wie geschlossen der Hausbesitz es versucht, die Interessen der Allgemeinheit zu hintertreiben; es gilt also, auf der Hut zu sein.

Keine Schließung der Kinos.

Bekanntlich hatte der Verband der Lichtspiel-Theaterbesitzer in Danzig beschlossen, wegen der hohen Lustbarkeitssteuer seine Betriebe am 1. April d. J. zu schließen; das gesamte Personal war bereits gekündigt.

Durch teilweises Entgegenkommen des Steueramts und Abbau der sonstigen Unkosten ist es ermöglicht worden, diese Schließung noch hinauszuschieben. Sollten die mit dem Steueramt angebahnten Verhandlungen zu einem günstigeren Resultat führen, so dürfte die Stillegung der Betriebe überhaupt vermieden werden.

Im Interesse des umfangreichen Personals der Lichtbild-Theater ist dieser Beschluß zu begrüßen.

Unsere Papiernot.

zwingt uns heute noch einmal zu einer Einschränkung. Wir hoffen in den nächsten Tagen, die aus der so außergewöhnlich gestiegenen Auflagezahl entstandene Kalamität überwunden zu haben, und werden dann einen entsprechenden Ausgleich im Umfang vornehmen. Wir bitten unsere Leser um ihre Nachsicht.

Unser Wetterbericht.

Veröffentlichung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig.

Montag, den 23. März 1925.

Hoher Druck liegt südwestlich der britischen Inseln, von wo aus sich ein flacher, zungenförmiger Ausläufer südostwärts über Norddeutschland und Dänemark bis zur nördlichen Ostsee erstreckt. Zwischen Island und der norwegischen Küste liegt eine Depression von 755 Millimeter, die sich nordostwärts bewegt. Eine zweite flachere Depression bewegt sich über die Tschechoslowakei und Südpolen nordostwärts. Unter ihrem Einfluß sind über Schlesien und Polen Schneefälle niedergegangen. In Deutschland herrscht meist wolkiges Wetter bei leichten nördlichen Winden und Morgentemperaturen von minus 1 bis plus 2 Grad.

Vorhersage: Zunächst noch heiter, später zunehmende Bewölkung, leichte Niederschläge, schwache, nördliche, linksdrehende Winde. Temperatur unverändert. Maximum: 4.0, 7.6; Minimum: 1.7, 0.1.

Die Hauptversammlung der Bank von Danzig.

Am nächsten Montag, den 30. März, vormittags 9 Uhr, findet im Bankgebäude die diesjährige Hauptversammlung der Aktionäre der Bank statt. Diese Versammlung hat für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Bedeutung. Das wichtigste wirtschaftliche Recht, die Währungshoheit des Staates, ist der Bank von Danzig zur selbständigen Verwaltung übergeben worden. Ausschließlich die Danziger Notenbank entscheidet darüber, ob wir hohe oder niedrige Zinsen für die kurzfristigen Darlehen zu zahlen haben, ob wir leicht oder schwer solche Kredite erhalten, ob die Kaufkraft des Guldens mit der des Sterling übereinstimmen soll oder nicht, ob wir im Staate Zinswucher haben sollen oder nicht, ob die geschäftliche Verbindung mit dem wirtschaftlichen Hinterlande, ob der Zahlungsverkehr mit diesem Lande erleichtert werden soll, ob Handelswechsel aus diesem Lande angekauft werden sollen und ob der Danziger Kaufmann oder Industrielle für dieses Geld 9 oder 20 Prozent Zinsen zahlen soll, ob der Geldumlauf des Guldens im Freistaat ungestört vor sich gehen oder stocken soll usw. . . .

Die oberste und souveräne Instanz der Danziger Notenbank ist die Hauptversammlung seiner Aktionäre, der Inhaber der 75 000 Aktien zu je 100 Gulden. Sie ist eigentlich die wirtschaftliche Volksvertretung. Kein Danziger Inhaber einer Aktie sollte versäumen, zu dieser Hauptversammlung zu erscheinen. Hier hat er das gesetzliche Recht, den Tätigkeitsbericht des Vorstandes zu erörtern. Durch die Wahl des Aufsichtsrats wählt er die Bankorgane. So kann die Hauptversammlung diejenige Bankpolitik bestimmen, die dem wirtschaftlichen Wohl des Freistaats dient oder schadet. — Wer sich an der Hauptversammlung beteiligen will, muß nicht nur eingetragener Besitzer einer Aktie sein, sondern sich spätestens bis Donnerstag eine Einlaßkarte geholt haben.

Die nächste Sitzung des Volkstages findet am Mittwoch, dem 25. März, nachmittags 3.30 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht neben der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Entlastungsordnung und der zweiten Beratung des Aufwertungsgesetzes — die dritte Lesung des Wohnungsbaugesetzes.

Bestrafter Verleumder. Vom Schöffengericht wurde der Weichenwärter Franz Friedrich aus Ohra wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Arbeiterrats der Staatsbahn, Wiechmann, zu 150 Gulden Geldstrafe oder im Nichtbeitreibungsfalle zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Friedrich hatte im Laufe eines Gespräches Wiechmann des Verrats an der Arbeiterschaft bezichtigt. Zum Beweis seiner Beschuldigung hatte F. einen großen Zeugenapparat aufgeboten. Viel versprach er sich von den Aussagen des ehemaligen Arbeiterrates Bruno Reinke, der seinerzeit wegen unkollegialen Verhaltens aus dem Deutschen Eisenbahnerverband ausgeschlossen wurde. Doch weder dieser noch andere Zeugen waren in der Lage, irgendeinen Beweis für die von F. aufgestellte Behauptung zu erbringen. Bezeichnend für den Wert der Aussagen der Entlastungszeugen war, daß selbst der Verteidiger des Friedrich in seinem Plädoyer nicht um Freisprechung sondern nur um geringe Bestrafung bat. Dieser Fall zeigt erneut, wie leichtfertig mit der Ehre von Leuten umgegangen wird, die in der Arbeiterbewegung tätig sind.

Durch Kokain zerrüttet. Der Handlungsgehilfe E. in Danzig war in einem Geschäft tätig, in dem auch mit Kokain gehandelt wurde. Das Kokain wurde ihm in doppelter Hinsicht gefährlich. E. stahl nun aus dem Speicher seiner Firma Kokain und verkaufte es mit großem Gewinn an Kokainisten. Bei dieser Gelegenheit wurde er selber Kokainist. Er berauschte sich an dem Gift und seine Nerven sind nun derart zerrüttet, daß die Frage seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit geprüft werden mußte. Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Straffreiheit wegen geistiger Unzurechnungsfähigkeit wurde ihm nicht zugebilligt. Das Gericht wies als erschwerend darauf hin, daß der Angeklagte ein so gefährliches und nervenzerrüttendes Gift verkaufte. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis wegen Diebstahls und unbefugten Verkaufs von Kokain. Dem Angeklagten wurde jedoch Strafaussetzung gewährt.

Gelinde davongekommen. Die Wirtschafterin Anna Langner geb. Liebe in Danzig, Königstaler Weg 18, verfälschte Milch durch Zusatz von 30 Prozent Wasser. Sie wurde „mit Rücksicht darauf, daß es sich nur um den Milchertrag von einer Kuh handelt", vom Schöffengericht zu nur 100 Gulden Strafe verurteilt.

Das 6. Philharmonische Konzert findet am Donnerstag, den 26. März, statt. Es ist das Blüthner-Orchester, Berlin, dafür gewonnen worden. Glucks Ouverture zu „Iphigenie in Aulis". Richard Strauß' Tondichtung „Don Juan" bilden mit der Dritten, der „Eroica"-Symphonie von Beethoven (dessen Todestag bekanntlich der 26. März ist) ein auserlesenes Programm. Alles Nähere bringt der Anzeigenteil.

Die junge Pianistin **Kläre Lorell** gibt am 24. März, abends 8 Uhr, einen Klavier-Abend in der Loge Einigkeit. Der Künstlerin geht auf Grund erfolgreicher Konzerte in namhaften Städten Deutschlands ein ausgezeichneter Ruf voraus. Ihr historisch anregendes Programm umfaßt die Spanne musikalischen Schaffens von Bach bis Liszt, mit den schönen Stationen Beethoven, Schumann und Chopin. Es sei auf dieses interessante Konzert empfehlend hingewiesen.

Tiegenhof. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte sich in ihrer Sitzung mit dem Verkauf einer Bauparzelle an den Töpfer Großmann zum Preise von 1000 Gulden einverstanden. Ebenso stimmte sie der Erhebung von Zuschlägen zur Grundwechselsteuer auch für das Jahr 1925 zu. Die Beratung des Haushaltsetats für 1925 wurde vertagt. Nachdem ein Antrag des Stadtverordneten Lewanzik, die in dem Gebäude der Mädchenschule untergebrachten Volksschulklassen in ein anderes Gebäude unterzubringen, dem Magistrat überwiesen war, nahm die Versammlung noch Kenntnis von den regelmäßig abgehaltenen Kassenrevisionen.

Aus dem Osten

Elbing. Brandstifter. Vor dem Elbinger Schwurgericht hatten sich in den letzten Tagen der Kaufmann Paul Kowalewski und die Kassiererin Martha Kowalewski, beide aus Elbing, wegen vorsätzlicher Brandstiftung, Verleitung bzw. Betruges und Arrestbruchs zu verantworten. Nach mehrtägiger Verhandlung und Vernehmung von 65 Zeugen und Sachverständigen wurde das Urteil gefällt. Paul Kowalewski wurde wegen Anstiftung zum Brande, Arrestbruch, Betrug und Konkursverbrechen insgesamt zu 3 Jahren 9 Monaten Zuchthaus sowie auf Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Martha Kowalewski erhielt wegen versuchter Brandstiftung eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monate, auf welche 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet werden.

Sarkau. Nach 3½ Monaten gefundene Fischerleiche. Donnerstag wurde in Schwarzort die Leiche des am 8. Dezember 1924 bei dem großen Unglück ertrunkenen Fischers Friedrich Anicheit gefunden. Sarkauer Fischer sind unterwegs, die Leiche zu holen.

Königsberg. Der Alkoholismus hat in Königsberg sehr zugenommen. Es ist festgestellt worden, daß die von der Beratungsstelle für Alkoholkranke betreuten alkoholkranken Familienväter oft nicht nur den dritten Teil, sondern gelegentlich auch den halben und ganzen Wochenlohnbetrag vertrunken haben. Die Tabellen zeigen, daß der Alkoholismus durchaus nicht auf das männliche Geschlecht beschränkt ist, denn sie führen auch zweiundsechzig Trinkerinnen auf, bei denen der Alkoholismus einen derartigen Grad angenommen hatte, daß sie in Fürsorge genommen werden mußten.

Stettin. Versuchte Erpressung eines völkischen Gerichtsberichterstatters. Das Große Schöffengericht verurteilte in seiner Freitagssitzung den früheren Deutschen Max Bengelsdorf, der seit einiger Zeit als Berichterstatter der völkischen „Pommerschen Warte" in den Gerichtssälen auftrat, wegen versuchter Erpressung zu einem Monat Gefängnis. Am 8. Januar dieses Jahres fand vor der Strafkammer I des Landgerichts eine Verhandlung gegen einen Wachtmeister der Reichswehr statt. Der Anklage lag ein ganz unwesentlicher Vorgang zugrunde. Bengelsdorf trat an den Verurteilten heran mit Worten wie: Wenn Sie es nicht wünschen, daß der Verhandlungsbericht in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht werden soll, müssen Sie uns die Unkosten erstatten. Der Wachtmeister ließ die Personalien feststellen und erstattete Anzeige wegen versuchter Erpressung.

Graudenz. Die Tragödie eines Deutschen. Wie von uns seinerzeit gemeldet wurde, war im Oktober v. J. der Molkereimeister Olbey in Graudenz durch einen Polizisten erschossen worden. Von interessierter Seite wurde damals Anklage wegen vorsätzlicher Tötung erhoben, während der Polizist die Sache als einen Unglücksfall darzustellen suchte. Tatsächlich lag nicht zum mindesten fahrlässige Tötung vor. Trotzdem hat, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, die polnische Polizei bisher nichts anderes getan, als daß sie den Täter in eine andere Stadt versetzt, ihn aber nach einem halben Jahr bereits wieder nach Graudenz zurückversetzt hat, wo er weiter seinen Dienst ausübt. Der Witwe gegenüber bezeichnete der Staatsanwalt in Graudenz die Tat des Polizeibeamten als „unbeabsichtigte Folge eines Scherzes" und weigerte sich einzuschreiten. Ebenso erhielt die Witwe auf ihren Antrag auf Zahlung einer staatlichen Rente, weil der Täter bei Begehung der Tat sich nachweisbar im Dienste befand, eine glatte Abweisung.

Thorn. Die Mißvergnügten. Das Thorner Elektrizitätswerk hat vor kurzer Zeit von der Firma Siemens-Schuckert in Berlin mehrere Motorwagen für seine Straßenbahn und von einer Danziger Firma mehrere Autobusse gekauft. Gegen diese von rein geschäftlichen Erwägungen geleitete Maßnahme kämpfte in der letzten Thorner Stadtverordnetensitzung ein Häuflein mißgünstiger „Uebernational"-Polen an und wollte sogar das Girieren der Wechsel für die Berliner Firma abgelehnt sehen. Sie wurden aber mit ihrem Antrag überstimmt.

Aus aller Welt

Eine zweifache Mädchenmörderin.

Wie seinerzeit berichtet, wurde am 6. Dezember v. J. auf dem Wege von Warnemünde nach Diedrichshagen das aus Berlin stammende Dienstmädchen Pauline Spiekermann ermordet. Nachdem sich der Verdacht gegen verschiedene Personen nicht bestätigte, nahm man das in dem Orte Delmenhorst beschäftigte Dienstmädchen Berta Lasse fest, das mit der Spiekermann bekannt und vor der Tat in Gesellschaft der Ermordeten gesehen worden war.

Jetzt hat die Lasse ein umfassendes Geständnis abgelegt. Unter dem Vorgeben, ihr eine Stelle beschaffen zu können, hat sie die Spiekermann an den Tatort gelockt und mit einem Beil erschlagen. Als Beweggrund gibt die Lasse an, daß sie wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt sei und sich deshalb die Papiere eines ihr gleichalterigen Mädchens habe verschaffen wollen. Schon im November 1924 hatte die Lasse ein Rostocker Mädchen zu einer Reise nach Hamburg verleitet, aber nicht die Gelegenheit gefunden, dieses Mädchen zu beseitigen.

Die Lasse ist ferner geständig, am 27. November v. J. in Güstrow ein Mädchen namens Böhcke, mit dem sie in einer Scheune übernachtete, im Schlaf mit dem Beil überfallen und schließlich in eine Jauchgrube geworfen zu haben, aus der das Mädchen noch lebend gerettet werden konnte. Auch hier war es der Lasse lediglich um die Erlangung der Papiere zu tun.

Verbrecherjagd auf der Straße. Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich in der Friedberger Anlage in Frankfurt a. M. ab. Ein hessischer Polizeibeamter hatte einen an den Händen gefesselten Gefangenen merkwürdigerweise auf offener Straße zu transportieren. Der Gefangene riß sich plötzlich los und verschwand in den Anlagen. Der Beamte gab in der Richtung auf den Fliehenden einen Schuß ab, der aber einen vorübergehenden Kaufmann in die linke Brustseite traf, der schwer verletzt zusammenbrach. Trotzdem schoß der Beamte noch mehrere Male auf den fliehenden Verbrecher, der dann auch schließlich durch eine Beinverletzung an der Flucht gehindert wurde.

Beim Fußballspiel plötzlich erblindet. Der Fabrikbesitzerssohn Haberländer in Neustadt a. d. Waldnaab verlor bei einem Fußballspiel auf dem benachbarten Sportplatz in Windisch-Eschenbach durch eine Verletzung im Gesicht plötzlich das Augenlicht. Der Verunglückte mußte sofort in eine Klinik nach Regensburg transportiert werden.

Die Tragödie der Tänzerin. Die junge und schöne Olga Weißliewa ist eine der zahllosen Russinnen, die nach dem großen Zusammenbruch ihrer Heimat in Paris ein abenteuerliches Leben führen. Von hervorragender tänzerischer Begabung, nahm sie ein künstlerisches Engagement in einem Nachtlokal auf Montmartre. Sie hatte einen Freund, einen blutarmen Studenten, mit dem sie zusammen lebte. Materielle Sorgen kannten sie nicht; Olga hatte ihren Schmuck verkauft und den Erlös von 300 000 Franken sicher angelegt. Aber in ihrer Seele wohnte das unerklärliche Sehnen der Slawin. Sie reiste nach Nizza und Monte Carlo, kehrte enttäuscht zurück. Unterdessen hatte ihr Freund, der arme Student, ein Leiden entdeckt, das mehr seiner ruhigen westländischen Natur entsprach. Olga war allein. Sie schmückte sich mit ihren besten Sachen, badete ihren Körper in den kostbarsten Parfüms und ging tanzen. Die Schlemmer beider Kontinente jubelten ihr zu. Um vier Uhr in der Frühe verließ sie heimlich das Lokal. Draußen in der kühlen Morgenluft setzte sie den Revolver an die Schläfe. Eine Lumpensammlerin lud den schönen toten Körper auf ihren Handkarren und brachte ihn zur Polizei.

Ein Beamtenbestechungsprozeß in Berlin. Sonnabend begann in Berlin ein umfangreicher Beamtenbestechungsprozeß, in dem 15 Ausländer, die sich falsche Pässe beschafft bzw. diese vermittelt hatten, und vier Polizeibeamten angeklagt sind. Die angeklagten Polizeibeamten hatten die Paßvorbescheinigung, durch die ihr pflichtwidriges Verhalten aufgedeckt worden war, beseitigt und durch Umschreibungen ersetzt.

Ein Pfarrer mordet aus Eifersucht. Wie „Az Est" aus Klausenburg meldet, hat der griechisch-katholische Pfarrer Girurgiuca in einer Ortschaft der Umgebung aus Eifersucht seiner Frau mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten. Als die Dienstmagd zur Hilfe herbeieilte, durchschnitt ihr der Pfarrer mit dem Rasiermesser ebenfalls die Kehle. Schließlich stieß sich Girurgiuca ein Messer in die Brust und brachte sich überdies mit dem Rasiermesser tödliche Schnittwunden am Halse bei. Die Dienstmagd wurde von der Gendarmerie tot aufgefunden, während der Pfarrer und seine Frau in hoffnungslosem Zustand in ein Spital überführt wurden.

Lukrative Wahrsagerei. In Paris lebt eine Wahrsagerin, die sich damit beschäftigt, ihrer zahlreichen Kundschaft die Zukunft aus Hühnerherzen zu deuten. Bedingung aber ist, daß man ihr die Hühner lebend bringt. Auf diese Weise konnte die geschäftstüchtige Sybille einen schwunghaften Hühnerhandel treiben, außerdem nahm sie noch für jede „Konsultation" eine nette Summe in bar. Kranke konnten auch ein Wunderpulver von ihr beziehen, das angeblich Beschwerden aller Art heilen sollte. Das Geschäft ging glänzend, bis eines Tages irgend jemand, der sich geneppt glaubte, Anzeige erstattete. Der Gerichtschemiker analysierte das „Wunderpulver" als einfaches Natron. Von der abgründigen, zukunftentschleiernden Tiefe der Hühnerherzen vermochte sich das Gericht ebenfalls nicht zu überzeugen. Die Wahrsagerin wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und hat nun Zeit, sich einen neuen Trick auszudenken.

Er muß die Notbremse ziehen. Ein Sorgenkind der Polizeibehörde von Chicago ist der junge Mr. Geoffrey Clench, der Sohn eines sehr vermögenden Fleischkonservenfabrikanten. Er wurde am 27. Februar von der Bahnpolizei zum 15. Male wegen des gleichen Delikts vorgeführt. Auf Befragen des Richters erklärte er, daß ihn jedesmal, wenn er einen Zug besteige, der unwiderstehliche Drang überfalle, die Notbremse zu ziehen, weshalb er sich schon bemüht habe, alle Geschäftsreisen per Auto auszuführen und nur im Notfall von der Eisenbahn Gebrauch zu machen. Das Gericht verurteilte ihn zu 500 Dollar Geldstrafe und machte ihn darauf aufmerksam, daß diese Strafe sich für jeden gleichen Fall verdoppeln würde.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

Landesvorstand der S.P.D. Montag, den 23. März, nachm. 5 Uhr: Wichtige Sitzung im Fraktionsgebäude des Volkstages.

S.P.D. Stadtverordnetenfraktion. Montag, den 23. März, abends 5 Uhr, im Volkstag Sitzung.

Konsum- und Spargenossenschaft. Heute abend, 6½ Uhr, Generalversammlung in der Aula der Petrischule am Hansaplatz.

S.P.D. Volkstagsfraktion. Dringende Sitzung Dienstag, den 24. März, abends 7 Uhr, im Volkstagsgebäude.

D.M.V. Vertrauensleute aller Gewerkschaften und Gewerkschaftsrichtungen der Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G. Dienstag, den 24. März, nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Karpfenseigen 26 b): Vertrauensmännerversammlung. Ausweise mitbringen. (1576

S.P.D. Neufahrwasser. Mittwoch, den 25. März, abends 7 Uhr im kl. Saal des Gesellschaftshauses, Neufahrwasser: Frauenversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben." Referentin Genossin Malikowski. 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet die Frauenkommission.

S.P.D. Schönfeld. Die angesetzte Versammlung in Schönfeld findet nicht statt.

Kubinke

41 Roman von Georg Hermann.

Aber draußen auf der Straße hörte das Reich des Herrn Kubinke auf, und da hatte der Frühling schon mehr freie Hand. [illegible]

[illegible]

der dunklen Linie des Grunewalds, ließ über die blauen Wellen weiße Wölkchen [illegible], die noch weißer waren als der Taubenschwarm, der sich oben im Licht drehte. [illegible] Und warum sollten etwa Emil Kubinke und die rotblonde Pauline an Herbst und Winter denken?!

Dieses Mal hatte Emil Kubinke nicht verschlafen — wie bei Hedwig und Emma, — und um Schlag drei hatte er schon in Paulinens Küche gesessen, den neuen Strohhut auf den Knien, und hatte sich immer noch einmal die Krawatte zurechtgemacht, während er Pauline in ihrer Kammer [illegible]. [illegible]

[illegible]

Und zu silbernen Triumphbogen schlossen die Obstbäume ihre Zweige, und wilder Wein in seltsamer Art, mit gezackten Blättchen kletterte an glatten Föhrenstämmen hoch; und da, wo etwa die Blüten nicht ausreichten, da schuf das Blattzeug noch gescheckte Kegel und blumenfarbige Wände mit Blutbuchen und gelbem Ahorn. Und dann folgten immer wieder diese zehntausend Sträucher an den Zäunen, um die Rasenflächen, um die großen Schnörkel der Vergißmeinnichtbeete, mit den Reihen und Feuerwerkmustern gelber, weißer und roter Köpfchen, mit kleinen hängenden Sonnenballen, mit weißen Zuckerperlen, sie, die der Frühling sich von überall her, aus Japan und Persien und dem Kaukasus eigens ausgeliehen hatte zu der Feststraße für Emil Kubinke und Löwenbergs rotblonde Pauline ...

Ja, an besonders günstigen Stellen hatte der Frühling sogar Koulissenwände angebracht, vor denen er weiße Magnolien im Winde verblättern ließ — oder er hatte über ein Gartentor ganze Tane von Glyzinien gezogen, von denen blaue Blütentrauben so gleichmäßig wie fallendes Wasser herabtroffen. So schön hatte er es gemacht und so vornehm, der Frühling. Und damit die Besitzer hier nicht etwa störten, waren sie alle nach dem Süden geschickt worden; allenthalben hatte er die Jalousien geschlossen — der Frühling —, und nur der Wolfsspitz durfte im Garten sich die Sonne in den Pelz scheinen lassen, und selbst der Gärtner durfte seine Anwesenheit nur durch das Knattern der Gartenspritze verraten. Natürlich, ein bißchen Trubel und gelbe und weiße und rote Automobile und ein bißchen Staub — das gehörte schon zur Feststraße; und geputzte Menschen gehörten dazu, Frauen in rosa und himmelblauen Kleidern und kleine Mädchen mit Seidenschürzen.

Dann aber hatte der Frühling auch den alten Birkenweg aufgeputzt, der in den Wald hineinführte, dessen grüne Fahnen schwebten und flatterten und dessen schlanke Stämme doppelt weiß gegen den dunklen Grund der Kiefern und des dichten Tannengehölzes standen. Und sogar mit dem Wald selbst hatte er auch sein Bestes getan. Nun ja, das Papier vom vergangenen Jahr hatte er noch nicht weggeräumt, aber an manchen Stellen hatte der Frühling doch grüne Gräschen sprießen lassen, die die alten Zeitungsbogen wie zum Sieb durchlöcherten.

(Fortsetzung folgt.)

Kanold's Sahne-Bonbons sind unübertrefflich!

Wie aufgewertet werden soll.

Der Volkstag wird sich im Laufe dieser Woche mit der Aufwertungsfrage beschäftigen, nachdem sich der Ausschuß in wochenlangen Verhandlungen auf einen Gesetzentwurf geeinigt hat, der in seinen hauptsächlichsten Bestimmungen folgendes enthält:

§ 1. Dieses Gesetz gilt für die im Gebiete der Freien Stadt Danzig zu erfüllenden Ansprüche aus Rechtsverhältnissen des Privatrechts, welche die Zahlung einer bestimmten in der Währung des Deutschen Reichs ausgedrückten Geldsumme zum Gegenstande haben oder gehabt haben, soweit sie durch den Verfall der Währung des Deutschen Reiches entwertet sind. Ausgeschlossen sind solche Ansprüche, die nach dem 18. Dezember 1923 begründet sind.

§ 2. Der Verpflichtung zum Ausgleich durch die Schuldner unterliegen nach Maßgabe dieses Gesetzes folgende Ansprüche der im § 1 bezeichneten Art: 1. Hypotheken, Grundschulden Rentenschulden und Reallasten; 2. Pfandrechte an im Schiffsregister eingetragenen Schiffen und Bahneinheiten; 3. Forderungen, für die eine Hypothek, ein Schiffspfandrecht oder Bahnpfandrecht bestellt ist; 4. Pfandbriefe und Rentenbriefe von Grundkreditanstalten; 5. andere Schuldverschreibungen auf den Inhaber; 6. Guthaben bei öffentlichen Sparkassen; 7. Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen.

§ 3. Für Ansprüche der im § 2, Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Art ist ein Ausgleich in der Weise zu leisten, daß für je 100 Goldmark 30 Gulden zu zahlen sind. Dies gilt auch für rückständige, nicht verjährte Zins- und Tilgungsbeträge.

Die Hypotheken.

Als Goldmarkbetrag gilt bei Ansprüchen, die vor dem 1. Januar 1919 begründet sind, der Nennbetrag. Bei später begründeten Ansprüchen ist der Tag der Begründung des Schuldverhältnisses maßgebend Handelt es sich jedoch um Ansprüche, die nach dem 1. Januar 1919 durch Rechtsgeschäft unter Lebenden erworben sind, so ist der Berechnung des Goldmarkbetrages der Erwerbspreis zugrunde zu legen. Für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, welche für eine Kreditanstalt bestellt sind, die Hypothekenpfandbriefe ausgegeben hat, ist für die Berechnung des Goldmarkbetrages jeweils der 2. Januar des Jahres maßgebend, in welchem die Eintragung erfolgt ist.

Der Goldmarkbetrag wird, soweit nicht der Nennbetrag des Anspruchs als Goldmarkbetrag gilt dadurch festgestellt, daß der gemäß Absatz 2 sich ergebende Markbetrag nach dem letzten auf Grund der amtlichen Danziger Kurse für Auszahlung Neuyork errechneten Mittelkurs des nordamerikanischen Dollars in Goldmark umgerechnet wird. Soweit Danziger Kurse nicht notiert sind, sind die entsprechenden Berliner Kurse maßgebend. Für die Zeit, in der der nordamerikanische Dollar weder an der Danziger noch an der Berliner Börse amtlich notiert wurde, bestimmt der Senat den maßgebenden Börsenkurs.

Der so ermittelte Goldmarkbetrag erhöht sich um 15 Prozent, wenn der Anspruch in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1919 um 30 Prozent, wenn der Anspruch in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1919, um 45 Prozent, wenn der Anspruch im Jahre 1920, um 60 Prozent, wenn der Anspruch im Jahre 1921, um 105 Prozent, wenn der Anspruch im Jahre 1922, um 90 Prozent, wenn der Anspruch in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1923, um 30 Prozent, wenn der Anspruch in der Zeit vom 1. September bis 18. Dezember 1923 entstanden, begründet oder erworben ist.

§ 4. Nach allgemeinen Vorschriften ist sofern dies mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Gläubigers oder Schuldners zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint, eine Abweichung von dem Ausgleichsbetrage (§ 3 Absatz 1) zulässig: 1. wenn die Forderung auf den Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten und unterhaltsverpflichteten Personen beruht; 2. wenn die Forderung auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung zwischen Erben und Pflichtteilsberechtigten, unter Ehegatten, auch wenn sie geschieden sind oder unter Eltern und Kindern beruht, sofern der Gläubiger zum Kreise der Auseinandersetzungsbeteiligten oder ihrer Erben gehört; 3. wenn es sich um eine Restkaufgeldforderung (Restkaufgeld für den Erwerb des mit der Hypothek belasteten Grundstücks) handelt, die nach dem 31. Dezember 1918 begründet worden ist und die noch dem ersten Gläubiger oder dessen Erben zusteht; dies gilt auch dann, wenn die Restkaufgeldforderung bei ihrer Begründung in eine Darlehnsforderung umgewandelt worden ist.

Ist der Eigentümer des belasteten Grundstücks nicht zugleich der aus dem Schuldverhältnisse persönlich Verpflichtete, so kann die Erweiterung des dinglichen Rechts höchstens in dem Verhältnisse erfolgen in welchem sich seit dem Erwerbe des Grundstücks durch den derzeitigen Eigentümer die Geldsumme, welche den Wert des Grundstücks in der Währung des Deutschen Reiches ausdrückt, infolge der allgemeinen Geldentwertung erhöht hat.

Ein von den Vorschriften des § 3 abweichender Ausgleich ist nur zulässig, wenn er vor dem 1. Oktober 1925 bei dem Grundbuchamt beantragt ist. Im Streitfalle entscheidet das ordentliche Prozeßgericht. Das Gericht hat insbesondere die Zins- und Zahlungsbedingungen und das Rangverhältnis festzusetzen. Auf Antrag eines der beiden Teile ist ein Widerspruch einzutragen.

§ 5. Hypotheken und Grundschulden, welche dem Eigentümer des Grundstücks zustehen, werden nach Maßgabe des § 3 umgerechnet.

Pfandbriefe.

§ 6. Für Ansprüche der im § 2 Ziffer 4 und 5 bezeichneten Art ist ein Ausgleich in der Weise zu leisten, daß für je 100 Goldmark 15 Gulden zu zahlen sind. Dies gilt auch für rückständige, nicht verjährte Zinsbeträge. Sofern es sich um Stadtanleihen handelt die sich seit mehr als 5 Jahren seit Inkrafttreten dieses Gesetzes im Eigentum eines Danziger Staatsangehörigen oder seiner Erben befinden, beträgt der Ausgleichsbetrag 25 Gulden für 100 Goldmark.

§ 7. Die Zahlung der gemäß §§ 3 und 6 ausgeglichenen Kapitalbeträge, welche fällig sind oder bis zum 31. Dezember 1925 fällig werden, wird auf Verlangen des Schuldners bis zum 31. Dezember 1931 gestundet.

Wird von dem Rechte der Stundung Gebrauch gemacht, so erhöht sich der am 1. Januar 1932 zu zahlende Betrag in den Fällen des § 2 Ziffer 1 bis 3 auf 50 Gulden, in den Fällen des § 2 Ziffer 4 und 5 auf 30 Gulden für je 100 Goldmark. Von dem gemäß §§ 3 und 6 errechneten Kapitalbetrag sind bis zum 31. Dezember 1931 die vereinbarten Zinsen zu zahlen; sind keine Zinsen vereinbart, so ist der Betrag mit 3 Prozent zu verzinsen. Bis zum gleichen Zeitpunkt ruht die Verpflichtung zur Zahlung von Tilgungsbeträgen.

Bei Reallasten und Rentenschulden erhöhen sich vom 1. Januar 1932 der Ablösungsbetrag und die wiederkehrende Leistung auf den Betrag von 50 Gulden für je 100 Goldmark.

§ 9. Für Ansprüche der im § 2 Ziffer 6 (Sparkasse) bezeichneten Art ist ein Ausgleich in der Weise zu leisten, daß für je 100 Goldmark 30 Gulden zu zahlen sind. Der Goldmarkbetrag wird nach § 3 Absätze 2 bis 4 berechnet. Für Ansprüche bis 300 Goldmark wird ein Ausgleich derart gewährt, daß für je 1 Goldmark 1 Gulden zu zahlen ist. Zinsen, die seit dem 1. Januar 1918 rückständig sind, gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als erlassen. Die Ausgleichsbeträge sind bis zum 31. Dezember 1925 unverzinslich, sie werden vom 1. Januar 1926 mit 8 Prozent verzinst. Die Zahlung der Ausgleichsbeträge kann nicht früher verlangt werden, als bis der zu bildende Ausgleichsfonds hierfür ausreicht. Zur Deckung der aus Absatz 1 für die Sparkasse entstehenden Verpflichtungen wird eine besondere Ausgleichsmasse gebildet.

§ 10. Ansprüche der Versicherten aus Lebensversicherungsbeträgen werden in der Weise ausgeglichen, daß das nach Maßgabe dieses Gesetzes ausgeglichene Vermögen der Versicherungsunternehmungen nebst einem aus dem sonstigen Vermögen zu zahlenden Betrag nach näherer Bestimmung des Senats einem Treuhänder überwiesen wird. Als Lebensversicherung gilt auch die Invaliditäts-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Aussteuer- und Militärdienstversicherung, gleichviel ob auf Kapital oder Rente.

Keinen Anspruch wenn gelöscht ist.

§ 12. Hat der Gläubiger, ohne sich seine Rechte vorzubehalten, in den Fällen des § 2 Ziffer 1 und 2 die Löschung des Rechtes bewilligt, in den Fällen der Ziffern 3 bis 7 die Zahlung angenommen, so kann ein Ausgleich auch wegeen ungerechtfertigter Bereicherung oder auf Grund einer Anfechtung wegen Irrtums oder aus einem andern Rechtsgrund nicht verlangt werden. Dies gilt auch für Zins- und Tilgungsbeträge, deren Zahlung ohne Vorbehalt angenommen worden ist.

Die Frau und der Sozialismus.

Am Mittwoch, den 25. März, abends 7 Uhr, spricht Dr. Bing in der Aula des städt. Gymnasiums, am Winterplatz, über das obige Thema. Vor allem ist die Teilnahme zu diesem Vortragsabend des Arbeiter-Bildungsausschusses den Frauen und Töchtern der Parteimitglieder und Leser zu empfehlen. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pfg. Karen sind an der Kasse erhältlich.

Konzert des Klingler-Quartetts.

Gestern war das Klinglerquartett wieder bei uns Gast, jene Vereinigung von vie rausgezeichneten Musikern, deren künstlerische Qualität schon fast klassischen Ruf genießt. In der Tat ist man beglückt, stets von neuem konstatieren zu dürfen, daß dieses Kammermusikensemble, beschwingt und überlegen von ihrem vorzüglichen Primgeiger Prof. Karl Klingler geführt, eine klangliche und geistige Einheit seltenen Grades repräsentiert — vor allem, wenn es die Interpretation der Klassiker gilt. Die rhythmische wie die dynamische Akzentuierung ihres Zusammenspiels ist bis ins Letzte ausgeglichen, musterhaft exakt, sinnvoll und formvollendet; die musikalische Durchdringung, die seelische Belichtung des Werkes, dem sie dienend Künder sind, wirkt zwingend und mitreißend. Wenn die Klinglerleute ihres hohen Amtes walten (Hüter einer Kulturtradition zu sein), kann man sich ihnen ohne Zögern anvertrauen: sie vermitteln immer Erlebnisse voll echter Wesenheit.

Das Programm umfaßte zwei sehr verschiedenartige Werke, einen frühen Schönberg und einen späten Beethoven. Das Quartett in D-Moll Op. 7 von Arnold Schönberg, in dem ein großer Teil der modernen Jugend ihre revolutionären Absichten am reinsten und konsequentesten verkörpert sieht, zeigt noch wenig spezifische Züge des Meisters der Gurrelieder und des „Pierrot lunaire"; es ist stilistisch unorganisch, von romantischen wagnerischen Reminiszenzen (besonders im scherzo und adagio) durchsetzt, klanglich ziemlich spröde und den überkommenen Rahmen kaum irgendwie sprengend. (Fis-Moll Op. 10 ist schon bedeutend radikaler und einprägsamer). Auch die einfühlende und beredte Wiedergabe durch die Klinglers konnte hieran nichts ändern — es blieb interessant, stellenweise stärker mitnehmend, doch im ganzen unbedeutsam. Dann aber kam Beethoven mit Op. 130 (B-Dur) zu Worte, die tiefsinnige Altersdichtung, deren krönender Schluß, die große Fuge in B-Dur (als Op. 133 später von dem Komponisten gesondert herausgegeben), in fernste metaphysische Regionen weist: verwirrend gewaltig ansteigend bis zu der steilen einsamen Höhe der Stretta-Verklärung, dem Irdischen schon ewig entrückt. Von den vorangehenden Sätzen ergreifen die Danza tedesca, die „deutsche Tanz"-Szene, im naiv-frohen G-Dur voll neckisch hüpfender Derbheit und die Es-Dur Cavatina mit einer schwebend religiösen Andacht der Stimmung. Das Klinglerensemble vollbrachte hier sein Bestes und Geschlossenstes — monumental vorstoßend die Fuge, saftig die allegro assai-Episode, innig gesungen das adagio molto espressivo, die treue Gemeinde, die vollzählig erschienen war, feierte die Künstler nach Gebühr. K. R.

Ein Zusammenstoß auf der Chaussee. Ein Kraftwagenführer aus Danzig fuhr am Tage auf der Chaussee von Emaus nach Neukau. An einer Kurve kam ihm ein Pferdefuhrwerk entgegen. Beide Gefährte waren einander sichtbar. Trotzdem fuhr das Auto gegen das Fuhrwerk. Die drei Personen des Fuhrwerks fielen hinunter, kamen aber mit geringen Verletzungen davon. Doch ein Pferd brach sich ein Bein. Der Kraftwagenführer hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nach seiner Darstellung wich das entgegenkommende Fuhrwerk nicht nach rechts aus, sondern fuhr auf seiner linken Seite. Deshalb mußte das Auto vorschriftswidrig links ausweichen. Erst nachdem dies geschehen war, wich das Fuhrwerk vorschriftsmäßig rechts aus. So mußte der Zusammenstoß erfolgen. Beide Gefährte fuhren schnell. Der Führer des Fhrwerks hatte nicht schnell genug begriffen, daß er rechts halten muß. Die Unvorsichtigkeit lag also gleichmäßig auf beiden Seiten. Unter diesen Umständen erfolgte Freisprechung.

Der Deutsche Heimatbund hält am Donnerstagabend im Saal der Naturforschenden Gesellschaft eine Jahreshauptversammlung ab. Vor dem geschäftlichen Teil wird ein kurzer Vortrag über Grenzlanddeutschtum mit anschließender Vorführung eines Films „Tagung in der Steiermark" stattfinden. Alles Nähere ist aus dem heutigen Anzeigenteil zu ersehen.

Im Odeon- und Ebentheater wird in dieser Woche ein Film gezeigt, der gleich am ersten Tage seine große Anziehungskraft bewies: Heiratsschwindler mit Reinhold Schünzel in der Titelrolle. Man gewahrt die Laufbahn eines Kellners, dem der Trieb zum „Kavalier" im Blute steckt, wie er nebeneinander eine Reihe von Weibschaften zwecks Geldbeschaffung unterhält und in Eine richtig verknallt ist, die ihn betrügt und dem Kriminalbeamten überweist. Schünzel wieder vorzüglich in der Mischung von Verschmitztheit und Menschlichkeit — ein witziger, heiß amüsanter und feelnder Typus, es gibt seinesgleichen nicht wieder unter den Leinwandhelden. Neben ihm zeichnen sich Ilschi Elliot, Erna Morena, Marg. Kupfer, Käthe Haack, Erika Glässner aus. Das Publikum stand sofort und einmütig auf Seiten seines Lieblings Schünzel, hier „Maxe" genannt. — Ein größerer Spielfilm „Finish" in dem Pferde, Liebe und ein Hund ein glückliches Rennen machen, ergänzt das Programm sehr wirkungsvoll.

Kleine Nachrichten

Die Kämpfe um die deutschen Boxmeisterschaften fanden am Freitag in Berlin ihre Fortsetzung. In der Ausscheidung für die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft kämpften Ernst Rösemann und Franz Diener. Dem bedeutend verbesserten Diener gelang es, Rösemann so stark anzuschlagen, daß dieser sich in den folgenden Runden nicht mehr zurückfand. In der ersten Runde sogar für einige Zeit in die Knie geschickt, mußte er nach acht Runden Diener den Punktsieg überlassen. Sid Pape-England mußte in der ersten Runden von dem jungen, harten Diekmann viel einstecken. Langsam konnte der Engländer im Nahkampf seinen Punktverlust aufholen. Nach guten acht Runden Kampf endete das Treffen mit Unentschieden. Um die deutsche Mittelgewichtsmeisterschaft standen sich Domgörgen-Köln und Antonowitsch-Bremen gegenüber. Schon in der zweiten Runde übernahm Domgörgen die Führung und nützte sie gut aus. Trotz der guten, zähen Verteidigung Antonowitschs mußte er den Punktsieg, nach 10 Runden, Domgörgen überlassen. Besonders hart mitgenommen wurde er in der letzten Runde. Funke und Heeser II-Koburg kreuzten als alte Gegner die Handschuhe. Nach flotten zehn Runden Kampf ging Funke als Punktsieger hervor. Das Schmerzenskind Erich Mielenz wurde von dem jungen Brandl in der zweiten Runde zweimal bis neun zu Boden geschickt, gab dann den Kampf wegen noch nicht völlig wiederhergestellter Gesundheit auf.

800 Todesopfer des Tornados. Die Zahl der Toten bei der Sturmkatastrophe in Illinois ist noch immer nicht endgültig festgestellt. Es scheint aber, daß die jetzt vorliegenden Ziffern zuverlässig sind. Danach wurden gezählt rund 800 Tote, 3600 Verletzte und 10 000 Obdachlose. Der Schaden beziffert sich auf etwa 150 Millionen Dollar. Stündlich werden neue Leichen aus den Trümmern geborgen. Die Rettungsarbeit schreitet nur langsam fort. Die ersten photographischen Aufnahmen vom Schauplatz des Sturmes bieten das Bild grenzenloser Verwüstung, wie es nach einem schweren Erdbeben nicht schlimmer sein kann.

Schiffszusammenstoß im Atlantik. Der amerikanische Dampfer „Ardmore" ist mit dem aus Havanna kommenden schwedischen Dampfer „Thyra" bei dichtem Nebel zwölf Seemeilen südlich Sandy Hook zusammengestoßen. „Ardmore" konnte mit schwerer Bughavarie nach Neuyork zurückkehren. Die „Thyra" sank binnen dreißig Minuten. Die Bemannung wurde in Philadelphia gelandet.

Zu 20 Jahren Kerker verurteilt. Das Wiener Schöffengericht hat nach zweitägiger Verhandlung den 20jährigen Karl Bergmeister, der vor einigen Wochen die Kontoristin Bertha Geißler am hellichten Tage in einer der belebtesten Straßen Wiens durch mehrere Dolchstiche ermordet hat, zu 20 Jahren Kerker verurteilt.

Die neue rätselhafte Krankheit. In Manchester ist eine ähnliche Krankheit aufgetreten wie die in Chicago. Die Symptome sind die gleichen. Die Krankheit ergreift ebenfalls die Atmungsorgane. Schon jetzt werden mehrere tödlich verlaufene Fälle gemeldet.

Todesurteile in Rußland wegen Spionage. In Charkow sind, wie aus Moskau gemeldet wird, vier Ingenieure wegen wirtschaftlicher Spionage zum Tode verurteilt worden. Ein Begnadigungsgesuch wurde abgelehnt. Das Urteil ist bereits vollstreckt worden.

Brand im Pantheon. Wie aus Rom gemeldet wird, ist im Pantheon ein Brand ausgebrochen, der großen Schaden verursachte. Die Sakristei, das Grab Raffaels und die Gräber mehrerer Regenten des 17. und 18. Jahrhunderts sind schwer beschädigt worden. Das Pantheon, das im Jahre 28 vor Chr. errichtet wurde, mußte in letzter Zeit gestützt werden, um es vor vollständigem Zerfall zu schützen.

Internationale Radiokonferenz. In der ersten Sitzung der internationalen Radiokonferenz wurde beschlossen, ein internationales Bureau für die Regelung aller Fragen zu begründen, die allgemeines Interesse haben. Dieses Bureau wird zugleich eine Informationsabteilung für Radio enthalten. Sein Sitz ist noch nicht bestimmt worden.

Berlin baut 14 neue Turnhallen. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat sich für die Einführung der täglichen Turnstunde ausgesprochen und den Magistrat um eine Vermehrung bzw. Instandsetzung der erforderlichen Uebungsstätten (Turnhallen, Spielplätze, Schwimmstätten, Schulhöfe) ersucht. Dieser hat jetzt eine Vorlage auf Errichtung von 14 neuen Turnhallen in Groß-Berlin eingebracht.

Die Auslieferung Arzibaschews verlangt. Der Sowjetbotschafter verlangte von der polnischen Regierung die Auslieferung des russischen Dichters Arzibaschew (Verfasser des bekannten Romans „Sanin"). Das Ersuchen wurde von der polnischen Regierung abgelehnt.

Danziger Standesamt vom 21. März 1925.

Todesfälle: Witwe Henriette Pavenstedt, geb. Radtke, 77 J. 10 M. — Sohn des Fleischermeisters Johannes Sinkowski 5 J. 2 M. — Witwe Rosie Kastell, geb. Dibowski, 82 J. 8 M. — Ehefrau Johanna Grabowski, geb. Neumann, 29 J. — Schuhmacher Gustav Hartmann 75 J. 11 M.

Wasserstandsnachrichten am 23. März 1925.

	21. 3.	22. 3.
Pawichorst	+ ,	+ 0,90
	21. 3.	22. 3.
Warschau	+1,20	+ 1,13
	21. 3.	22. 3.
Plock	+1,00	+ 0,26
	22. 3.	23. 3.
Thorn	+1,14	+ 1,06
Fordon	+1,26	+ 1,21
Culm	+1,26	+ 1,22
Graudenz	+1,36	+ 1,30

Gurzebrak	+ 1,93	+ 1,85
Montauerspitze	+ 1,32	+ .
Dieckel	+ 1,35	+ 1,25
Dirschau	+ 1,26	+ 1,14
Einlage	+ 2,12	+ 2,03
Schiewenhorst	+ 2,26	+ 2,28
Nogat:		
Schönau O. P.	+ 6,63	+ ,
Balnenberg O. P.	+ 4,64	+ ,
Neuhorkerbusch	+ 2,04	+ ,
Anwachs	+ .	+ ,

Amtliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 21. 3. 25

1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden
1 Zloty 1,01 Danziger Gulden
1 Dollar 5,26 Danziger Gulden
Scheck London 2515, Danziger Gulden

Berlin, 21. 3. 25

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,1 Billionen Mk.

Danziger Produktenbörse vom 21. März. (Nichtamtlich.) Weizen 128—130 Pfd. 19,50—20,50 G., 125—127 Pfd. 19,00—19,50 G., 120—122 Pfd. 17,50—17,80 G., Roggen 116—118 Pfd. 16,90—17,75 G., Gerste, feine 15,40—16,00 G., geringe 14,50—14,80 G., 14,00—14,50 G., kl. Erbsen 12,00 G. Viktoriaerbsen 14,00—17,00 G. (Großhandelspreise per 50 Kilogramm waggonfrei Danzig.)

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Fooken sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl & Co., Danzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Hochspannungsleitung Danzig—Bölkau.

Die Stadtgemeinde Danzig errichtet eine Hochspannungsleitung (35000-Volt-Leitung von Danzig nach Bölkau.

Für die Ausführung dieses Unternehmens ist voraussichtlich die Enteignung von Grundeigentum erforderlich.

Zwecks endgültiger Planfeststellung gemäß § 18 und 19 des Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 wird dieses Unternehmen mit dem Hinweis zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Nachweisung der von der Leitung berührten Flächen nebst Plänen während 14 Tagen in der Zeit vom 26. März 1925 bis 9. April 1925 zu jedermanns Einsicht in Danzig, Zimmer 68 des Polizeidienstgebäudes, Karrenwall 6, offen liegt.

Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben, die bei dem Unterzeichneten schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben sind.

Danzig, den 21. März 1925. 17107

Der Polizeipräsident.

Verdingung.

Die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten für den Neubau eines 12-Familien-Wohnhauses in Neufahrwasser, Wilhelmstraße sollen öffentlich vergeben werden.

Verdingungsunterlagen sind auf dem unterzeichneten Hochbauamt in den Dienststunden von ½8 bis ¼4 Uhr gegen Erstattung von 5.— Gulden erhältlich.

Verdingungstermin am Montag, den 30. März dieses Jahres, mittags 12 Uhr.

Staatl. Hochbauamt. 17113

Danzig, Pfefferstadt 33/35.

Die Instandsetzung des Seesteges in Brösen

wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Bedingungen sind Pfefferstadt 33/35, Mittelgebäude, Zimmer 46, gegen Erstattung der Unkosten erhältlich.

Termin am 31. März 1925, vorm. 10 Uhr, ebendort.

Städtisches Tiefbauamt
(Wasser- und Hafenbau). (17115

Oeffentliche Versteigerung.

Am Dienstag, den 24. 3. 25, vorm. 9½ Uhr, versteigert das unterzeichnete Amt meistbietend in der Reiterkaserne, 1 Treppe, gepfändete und eingezogene Sachen, darunter Mützenbänder, Damenbekleidungsstücke, Parfümerien, Kopierpresse, Sekt u. a. m.

Zollamt 1 für Strafsachen. 17109

Ausschüsse f. Jugendpflege u. Volksunterhaltung

Universitätsprofessor [illegible], Marburg, spricht:

Montag, 30. März, Aula der Oberrealschule St. Petri und Pauli, Hansaplatz, abends 8 Uhr, über:

Unmittelbare und mittelbare Erziehung.
Der Weg vom Ohr zum Herzen.

Dienstag, 31. März, Aula der Oberrealschule St. Petri und Pauli, Hansaplatz, abends 8½ Uhr, über:

Alkohol und Erziehung.
Der neue Lebensstil. 17120

Mittwoch, 1. April, Aula der Oberrealschule St. Petri und Pauli, Hansaplatz, abends 8 Uhr, über:

Kann ein moderner Mensch ein Christ sein?
Moderner Religionsersatz.

Donnerstag, 2. April, Aula der Techn. Hochschule, abends 7½ Uhr, über:

Neue und alte Vaterlandsliebe.

Eintrittspreise für jeden Vortrag 1,00 G., Studenten, Jugendliche 0,75 G.

Vorverkauf Fa. [illegible], Matzkausche Gasse und Fa. [illegible], Langfuhr, Hauptstraße 23.

Deutscher Heimatbund Danzig

Donnerstag, den 26. März 1925, abends 8 Uhr, Saal der Naturforschenden Gesellschaft, Frauengasse 26

1. [illegible]
2. Vorführung eines Films „Tagung in der Steiermark"
3. Jahreshauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes
2. Rechnungslegung und Prüfung
3. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages
4. Vorstandswahl
5. Satzungsänderung.

Allgem. [illegible]

Mittwoch, 25. März 1925, abends 7½ Uhr im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses

Große [illegible]
gegen das geplante [illegible]

Die Vorstände
Wilms Dienerowitz Fuhlbrügge

[illegible]

Zur Deckung der Kosten werden 50 P Eintritt erhoben

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Montag, den 23. März, abends 7 Uhr: Dauerkarten Serie I.

Sechs Personen suchen einen Autor

Ein Stück, das gemacht werd. soll, von Luigi Pirandello. In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Merz. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9 Uhr.

Dienstag, den 24. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Die Frau ohne Kuß". Lustspiel mit Musik in 3 Akten.

Mittwoch, den 25. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie II. Zum letzten Male! „Die weiße Dame". Komische Oper.

Kaiser-Panorama, Passage

Bis Mittwoch noch das schöne Salzkammergut, alsdann Konstantinopel mit der Hagia Sophia 1591

Freie Volksbühne

Im Stadttheater Danzig.

Sonnabend, den 28. März, abends 7 Uhr, Serie C

Tiefland

Oper in 3 Akten von d'Albert.

Sonntag, den 29. März, nachm. 2½ Uhr, Serie D.

Torquato Tasso

Schauspiel von Wolfgang v. Goethe.

Auslosung der Plätze für Serie C am Mittwoch, den 25., und Donnerstag, den 26., für Serie D am Freitag, den 27., und Sonnabend, den 28. März, vorm. 10—12, nachm. 3—7 Uhr im Büro (Rathaus).

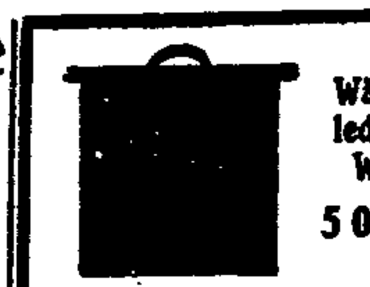
Dienstag, den 31. März, abends 7 Uhr, in den Danziger Festsälen (Werftspeisehaus) für alle Serien

Lichtbildervortrag

Theater einst und jetzt, vom Volksspiel bis zur modernen Volksbühne

Vortragender: Hauptgeschäftsführer des Verbandes deutscher Volksbühnenvereine Herr Dr. Nestriepke, Berlin.

Eintrittskarten zu 0,50 Gulden sind in der Geschäftsstelle (Rathaus) und am Saaleingang zu haben



Markttaschen, Wäscheleinen, Fensterleder, Besen, Bürsten, Wischtücher billig bei

50 Jahre Balzer
Kohlenmarkt 20.

Wir empfehlen

das Weihebuch zur Jugendfeier „Werde"

Preis 2.50 Gulden 1429

Buchhandlung Volksstimme
Am Spendhaus 6 :: :: Paradiesgasse 32

Meine Geschäftsräume befinden sich ab 15. März

Elisabethwall 9

Fr. G. Stockmann
:: Telephon 5587 und 5588 :: 17111

Arbeiter-Bildungsausschuß

Am Mittwoch, den 25. März

Einzelvortrag: Die Frau im Sozialismus

Vortragender: **Dr. Bing** Eintrittskarte 30 P

Vortragsort: **Aula am Winterplatz** Zeit: **7 Uhr abends**

Karten an der Kasse.

Bureauräume gesucht!

Sofort 2 freundliche Bureauräume nebst Zubehör im Zentrum der Stadt oder Altstadt zu mieten gesucht. Offerten unter **E. 1000** an die Expedition der Volksstimme erbeten. (1020

WERDE

EIN GEDENKBUCH
zur Erinnerung an die Feierstunde der
JUGENDWEIHE
IN GANZPERGAMIN GEBUNDEN G 2,50

Zu beziehen durch
BUCHHANDLUNG VOLKSSTIMME
Am Spendhaus 6 Paradiesgasse 32

Suche einen Laden

per sofort, möglichst mit einem Nebenraum, in der Nähe der Markthalle oder Breitgasse. Angebote unter **E. 68** an die Exped. der Volksstimme. (1093

Paul Lemke,
Friseur,
Pfefferstadt Nr. 14,
empfiehlt sich dem geehrten Publikum zur gefl. Bedienung. Zeitgemäße Preise.

Kupferschmiede-Lehrlinge

und **Kesselschmiede-Lehrlinge** gesucht

Apparatebau-Anstalt Paul Neubäcker
Danzig, Schuitensteg 2 1717

Achtung!
Nur in der Goldenen **50** die billige und reelle Schuhmacher-Arbeit.
W. Adam,
Schuhmachermeister,
Breitgasse Nr. 95, 1 Tr.

Gärtner
mit nur guten Zeugnissen, unverheiratet, im Gemüsebau und Verkauf bewandert, in selbständ. Stellung gesucht. Angebote unter **E 85** an die Exped. der Volksstimme. (1187

Möbliert. Zimmer
mit Pension für 2 Herren frei. (1578
Hopfengasse 98/100, 2.

Ein leeres Zimmer mit Kochgelegenheit z. vermiet. Selinski, Lauental, Marienhüttenweg Nr. 5.

Ein Zuchthahn
echt Silber-Wyandotte, Reichskolonie, Neptun-Weg 13, zu verk. (1580

Jüng. Laufbursch.
stellt von sofort ein (17114
Fahrradgeschäft
Oskar Prillwitz,
Barndtgasse

Radikal vernichten Sie **Wanzen** und deren **Brut** mit dem jahrelang bewährten Mittel
„Nicodaal"
Preis: Doppelpackung nur 2 Dg. (17408
Allein echt durch:
Drogen- und Seifenhaus Junkergasse 1, gegenüber der Markthalle,
Drog. a. Dominikanerpl. Junkergasse 12, gegenüber der St. Nikolaik.

Geige und Mandoline
gegen (1597
Bandonium
zu tauschen gesucht. Ang. unt. **1749** a. d. Exp. d. Bl.

Schneiderlehrling
stellt ein (1593
Klawikowski,
Altstädt. Graben 103, 1.

Darlehn
gebe ich für ein leeres Zimmer mit Kabin., nur Danzig. Angeb. unt. **E 99** an die Exped. der Volksstimme. (1197

Ält. Witwe bitt. um Stelle a.
Garderobenfrau
f. die Abendst. Ang. u. **1748** a. d. Exp. d. Volksst. (1581

Nähmaschinen
reparieren billigst. 16308
Bernstein & Co.
G. m. b. H., Langgasse 50.

Hausmädchen
sucht zum 1. 4. oder 15. 4. Stellung. Angebote u. **E 129** an die Exp. d. Volksst. (1422

„Phönix" Schnellnähmaschinen verkauft **Rimat,** Langgarten 42. (16512

Buchstaben
und Monogramme werd. sauber gestickt (1598
Jopengasse 31, 3.

Saub. ehrl. Frau bitt. um
Wasch- u. Reinmachst.
Frau Posenauer,
Reitergasse Nr 12, Hof.

Ein Sportliegewagen mit Verdeck zu verkaufen. Berowski, (1602
Schillingsgasse 15

Klagen,
Reklamationen, Testamente, Verträge, Berufungen, Gesuche und Schreiben aller Art fertigt sachgemäß an Rechtsbüro **Bayer,** Schmiedegasse Nr 1[illegible], 1.

Tausche
sl. [illegible] W.-Hnung, Stube, Küche, Entree nebst Zubeh., gegen 2—3-Zimmer-Woh. in Danzig oder Reichskolonie. (1492

Preisw. z. verkaufen
schw. Übergangshut und weiße Halbschuhe, Gr. 40. Schmidt, Burgstraße 19 a. 3.

Wäsche
wird bill. gewasch., geplätt., im Freien getrockn. (1589
Fleischergasse 91, part.

Kl. einf. möbl. Zimm.
vom älter. Herrn, Innenst., gesucht. Angeb. unt. **E 7.** an die Exp. Volksst. (1146

Zu Pers. verk. spottbillig
gestick. Kostüm
Brautschleier u. a. (1586
Hundegasse 95, 4.

Rohrstühle
werden sauber und billig eingeflochten. (1601
Hinter Adlers Brauhaus Nr 4, 2 Treppen

Eugen Müller, Damenfriseur

Langgarten Nr. 80, Ecke [illegible]

empfiehlt

Straßen-, Braut- und Ball-Frisuren
Ondulation : Haarwäsche : Manikür
Elektr. Gesichts- u. Kopfmassage „[illegible]"
Haarfärben mit echtem „[illegible]"
Färben von Augenbrauen und Wimpern

Langfuhrer Badeanstalt

Zu haben: Sämtliche med. sowie einfache Bäder. **Spezialität:** [illegible]. Täglich von 9 bis 7 Uhr.

Heinrich Richter, Ferberweg 19
1 Minute von der Hauptstraße.

Intelligentes Lehrfräulein
für meine Damenschneiderei gesucht
[illegible], Schidlitz, [illegible]

Erstklassig
[illegible]
für 150 Guld. z. verk. (1599
Lange Brücke 31.

Verkaufe
6×9 cm, zum Aufnehm [illegible] verk. [illegible] (1596
[illegible]

[illegible] zu verkaufen!
Gr. Murat-Gauders
[illegible]
[illegible] 4 M.
[illegible]
[illegible] (1588

1 l. 3 möbl. Zimmer
oder leer zu vermieten. Auskunft Vorstädt. Graben 42, 3 Tr. links. (16896

2 anst. jg. Leute find. saub.
Schlafstelle.
Kinds, Jungferng. 16, 2.

Gut möbliertes Zimmer nur an besseren Herrn zu vermieten. (1594
[illegible] 7, 2.

Ehepaar (kinderl. s) sucht
leeres oder teilweise möbliertes Zimmer
m. Küchengel. Ang. u. **1747** a. d. Exp. d. Volksst. (1577

Sämtliche
Seifen und -Pulver
zu billigsten Preisen, sowie la Fettheringe, 2 St. 25 Pf., an Verbraucher abzugeb. Rüdiger, Tischlerg. 24/25, im Geschäft. (1582

Fahrrad
billig zu verkaufen. (1563
Lange Brücke 31.

Kieferstoffe
zu 1,30 Gulden
in [illegible] Mustern zu haben (1603
[illegible] und [illegible]
Junkergasse Nr. 6.

Privat-
Mittagstisch
Vorstädt. Graben 44 b, 3.

Brikette?
bestelle ich bei
Wilhelm Prillwitz,
[illegible] 17, Tel. 2530.